

UNIA



DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

work

Kapitän Amey: So machten wir den Matrosenstreik zum Erfolg. Seite 5

Renten sichern:

Los jetzt!

work rechnet vor: Mit der Rentenreform gewinnen (fast) alle. Auch die Jungen. Seiten 8, 9 und 11



LEMUREN: Die Katta leben im südwestlichen Madagaskar in Gruppen von durchschnittlich 15 Tieren, die einen hohen Grad an Sozialverhalten zeigen. Katta-Sippen werden von Weibchen geführt und sind vorwiegend tagaktiv. Werden Kattas in der Nacht wach, verlassen sie ihren Schlafbaum nicht, sondern vertreiben sich die Zeit mit Fressen und Fellpflege. Sie kuscheln gerne.

Asbest-Witwe: So war es!

Roland Schwarzmann (41) starb an Asbestkrebs. Jetzt redet seine Witwe Elsbeth und sagt, was sie von der Eternit erwartet. Seite 3



Bundesgericht für Mindestlöhne
Höchste Richter stellen Arbeitgeber in den Senkel: Mindestlöhne sind OK! Seite 4

Franken immer noch aufgebläht
SGB-Chefökonom Daniel Lampart zum steigenden Euro und seinen Folgen. Seite 2



workedito
Marie-Josée Kuhn

RENTEN-PÄCKLI

Liebe Catherine, Du hast ja recht! Ihr vom linken Gegnerkomitee in der Westschweiz habt ja recht: Dass Alain Bersets Rentenreform uns Frauen neu bis 65 chrampfen lassen will, ist jenseits. Umso mehr, als wir Tonnen Gratisarbeit daheim leisten. Und, wenn wir ausser Haus arbeiten, immer noch rund zwanzig Prozent weniger verdienen als die Männer. Nein, dieses Damenopfer ist nicht zu rechtfertigen. Und ja, einverstanden, dass Berset die heute

Die Reform ist weder Hit noch Horror.

schon wacklige zweite Säule ausbauen will, ist störend. Ihr sagt deshalb Nein am

24. September. Zusammen mit FDP-Chefin Petra Gössi und SVP-Milliardärin Magdalena Martullo-Blocher. Sie wollen die Altersreform 2020 ebenfalls versenken.

SOZIALISMUS. Seit ihrer Geburtsstunde ist die AHV vielen Rechten ein Dorn im Auge. Denn die sozialste aller Sozialversicherungen ist für sie schon Sozialismus. Weil die Reichen mehr bezahlen als die Armen. Und weil das AHV-Rentengeld direkt von den Jungen zu den Alten geht. Ohne Umweg über das Börsencasino. Das passt den Rechten gar nicht. Seit ewig träumen sie deshalb von einer privatisierten Altersvorsorge. Von einem Pensionskassen-Eldorado. Und diesem kämen sie mit einem Nein zur Rentenreform näher. Dann wird der Druck steigen, die AHV zu sanieren. Und was die Gössis dieser Schweiz unter Sanieren verstehen, zeigt ihr Plan B zur Berset-Reform: Länger arbeiten, mehr zahlen, keine Solidarität. Rentenalter 67. Mindestens. Für alle.

Liebe Catherine, Martullo & Co. haben die Macht. Wie also kommst Du bloss auf die Idee, wir könnten uns durchsetzen? Wir müssten nur Nein sagen, dann käme eine bessere Vorlage nach? Du schimpfst mich mutlos. Du argumentierst, die Rentenfrage müsse eben auf der Strasse entschieden werden. Nicht im Bundeshaus. Doch: Woher soll der Widerstand kommen? Wo ist die Wut der Frauen gegen Rentenalter 65? Und wo bleibt der Unmut über die teuren und ineffizienten Pensionskassen? Da gab's doch diese Pussyhat-Bewegung, erinnerst Du Dich? So schnell, wie sie gekommen ist, war sie leider auch wieder weg.

Nein, liebe Catherine, es bringt nichts, in Schönheit zu sterben. Diesmal nicht. Es gibt keine Alternative zu dieser Rentenreform. Sie ist kein Hit. Aber auch kein Horror. Immerhin bringt sie den ersten Ausbau der AHV seit 40 Jahren. Und – work rechnet es vor (Seiten 8 bis 9): Sie bringt (fast) allen etwas. Den Rentnerinnen und Rentnern genauso wie den meisten Jungen. Und auch uns Frauen.

Keine Entwarnung von SGB-Chefökonom Daniel Lampart: «Der Franken ist immer noch überbewertet»

Der Franken-Euro-Kurs pendelt derzeit bei 1.15. Fair aber wäre er erst bei 1.30, rechnet Gewerkschaftsökonom Lampart vor.

DANIEL LAMPART

Ende Juli hat sich der Franken gegenüber dem Euro endlich spürbar abgewertet. Der Franken-Euro-Kurs bewegt sich nun im Bereich von 1.15. Warum der Franken ausgerechnet jetzt etwas schwächer geworden ist, kann niemand genau erklären. Weil die Wechselkurse in hohem Mass von sehr kurzfristigen Spekulationen beeinflusst werden. Geholfen hat aber sicher, dass sich bei den Wahlen in Frankreich oder in den Niederlanden die proeuropäischen Kräfte durchsetzten. Damit wurde das Vertrauen in den Euro gestärkt. Und die Flucht in den Franken geschwächt.

NATIONALBANK MUSS RAN

Doch auch mit 1.15 ist der Franken gegenüber dem Euro nach wie vor deutlich überbewertet. Wir haben im Gewerkschaftsbund Berechnungen zum fairen Franken-Euro-Kurs gemacht. Indem wir die Preise und Lohnstückkosten in der Schweiz mit dem Ausland verglichen. Unsere Berechnungen zeigen, dass der Franken gegenüber dem Euro erst bei einem Kurs von ungefähr 1.30 im Lot wäre. Das bedeutet: Der Franken muss sich auch bei einem Kurs von 1.15 zum Euro weiter abwerten.

Die Nationalbank ist nach wie vor gefordert. Sie muss die Zinsen im Negativbereich halten und alles dafür tun, dass die für Löhne und Arbeitsplätze schädliche Überbewertung des Frankens endlich aufhört.

GUTE GESCHÄFTSLAGE

Positiv ist, dass der Druck auf die Exportindustrie und den Tourismus mit



DANIEL LAMPART: «Die Teuerungsprognosen wurden noch mit einem Frankenkurs von unter 1.10 gerechnet und liegen zu tief.»

FOTO: YOSHIKO KUSANO

dem Kurs von 1.15 etwas nachgelassen hat. Vor allem im Hinblick auf die Lohnrunde gibt das mehr Verhandlungsspielraum. Denn bereits beim Frankenkurs von 1.05 bis 1.08 stuften

Wir haben jetzt mehr Verhandlungsspielraum bei der Lohnrunde.

beispielsweise ein Viertel der MEM-Firmen ihre Marge als «sehr gut» ein. Die jüngsten Umfragen bei den Firmen zeigen, dass sich die Geschäftslage seither

merklich verbessert hat. Der schwächere Franken wird auch zu einer etwas höheren Teuerung führen. Weil die Preise für Produkte, welche die Schweiz aus dem Ausland importiert, etwas steigen werden. Eine Abwertung um 5 Prozent führt mit einer Verzögerung von knapp einem Jahr zu einer um rund 0,5 Prozent höheren Teuerung. Die Teuerungsprognosen von 0,3 bis 0,5 Prozent, die noch mit einem Frankenkurs von unter 1.10 berechnet wurden, dürften also zu tief liegen.

Die Löhne müssen dementsprechend mehr steigen.

FRANKENKRISE ARBEITSPLÄTZE WEG

Die Überbewertung hat uns viele Arbeitsplätze gekostet. Nach der Aufhebung des Mindestkurses am 15. Januar 2015 war die Schweiz fast das einzige Land, in dem die Arbeitslosigkeit zunahm. Besonders viele Jobs gingen in der MEM-Industrie verloren. Die Schweizer MEM-Branche beschäftigt heute in der Schweiz noch knapp 320 000 Personen – gegenüber rund 350 000 im Jahr 2008. Sie hat Stellen ins Ausland verlagert und dort auch ausgebaut: Die Anzahl Arbeitsplätze in ausländischen Tochterfirmen der Schweizer MEM-Betriebe ist seit 2008 von rund 215 000 auf über 275 000 gestiegen.

Tamedia verschlechtert die Arbeitsbedingungen Schmürzeln bei den Kranken

Das Zürcher Medienhaus kürzt die Lohnzahlung im Krankheitsfall. Frech: Der Konzern findet, wer nichts sage, sei einverstanden.

CHRISTIAN EGG

Eine «sorgsame Ressourcenpflege» hat sich Tamedia auf die Fahnen geschrieben. So steht es im Leitbild der Mediengruppe. Zu ihr gehören Zeitungen wie der «Tages-Anzeiger» oder «20 Minuten», aber auch Internetfirmen wie Starticket oder Ricardo.

Wenig sorgsam geht Tamedia derzeit allerdings mit den eigenen Angestellten um. Wer krank wird, bekommt bisher zwei Jahre lang den vollen Lohn. Damit soll ab nächstem Jahr Schluss sein: Schon nach einem Monat gibt's nur noch 90 Prozent, nach einem halben Jahr Krankheit sogar nur noch 80 Prozent.

ZUM BEISPIEL BURNOUT. Dagegen wehren sich die Personal-kommissionen (Peko). Christoph Lenz, Peko-Mitglied bei der Zeitung «Bund», die ebenfalls zur Tamedia-Gruppe gehört: «Die Redaktorinnen und

Redaktoren spüren den grossen wirtschaftlichen Druck in der Branche und engagieren sich voll für das Unternehmen.» Nicht selten führe das zu einem Burnout. «Es ist für mich schwer verständlich, dass sich Tamedia teilweise aus der Verantwortung nehmen will, wenn jemand krank wird.»

Tamedia schreibt, man wolle die Lohnfortzahlung im ganzen Unternehmen vereinheitlichen. Für die Angestellten der Internetfirmen führe dies zu besseren Leistungen. Zudem gäbe es im Krankheitsfall effektiv mehr als 90 bezie-

Über 200 Betroffene haben bereits Protest eingelegt.

ungsweise 80 Prozent des Lohnes, da von solchen Taggeldern keine Sozialabgaben abgezogen würden.

NICHT ZULÄSSIG. Die Mitteilung erreichte die Mitarbeitenden von Tamedia Anfang Juli, kurz vor Ferienbeginn. Besonders dreist: Wer sich bis Ende Juli nicht melde, habe die



SPAREN BEI TAMEDIA: Personal-kommissionen wehren sich.

FOTO: KEY

neuen Bedingungen stillschweigend akzeptiert, so Tamedia. Das sei zulässig, findet Tamedia-Sprecher Christoph Zimmer.

Doch Unia-Jurist David Aeby sagt klar: Das geht nicht. «Einer solchen Änderung muss jeder und jede Angestellte ausdrücklich zustimmen. Schweigen gilt nicht als Zustimmung.»

Nicht geschwiegen haben über 200 Betroffene. Sie haben bei der Personalabteilung der Tamedia protestiert. Diese will ihnen nun «die Anpassungen im Detail erläutern».



Ihr SMS an Endo: 077 437 56 82

Asbest-Witwe Schwarzmann wartet auf eine Entschuldigung

«Sie sollen sehen, was sie getan haben»

Als Schulbub jobbte er in der Eternit. 35 Jahre später ist Roland Schwarzmann tot. Vom Asbest. Für seine Familie beginnt eine Odyssee.

PATRICIA D'INCAU | FOTO JASMIN FREI

Plötzlich war da ein Druck auf der Brust. Roland Schwarzmann spürt ihn beim Velofahren, beim Tennisspielen, beim Joggen. Das Atmen fällt ihm zunehmend schwer. Während der Ferien auf Zypern wird ihm klar: etwas stimmt nicht. Eine Erkältung vielleicht oder das Herz, denkt Schwarzmann. Zurück in der Schweiz, geht der damals 46-jährige zum Hausarzt. Die Röntgenbilder zeigen eine Veränderung der Lunge. Die Diagnose: Brustfellkrebs. Das war 2004.

OHNE MUNDSCHUTZ

Die Nachricht erreicht Ehefrau Elsbeth Schwarzmann am Telefon. Rückblickend sagt sie: «Wenn du so etwas hörst, legt es dich zusammen.» Sie sitzt in ihrem Wohnzimmer in Näfels, einer Gemeinde mit knapp 4000 Seelen im Kanton Glarus. Neben ihr am runden Tisch sitzt Markus, der Älteste der drei Schwarzmann-Söhne. Er war 19, als sein Vater krank wurde. Sein jüngster Bruder, Robin, erst 13.

Die Ärzte geben Roland Schwarzmann noch sechs bis acht Monate. Die Biopsie im Universitätsklinikum Zürich zeigt: Der Krebs kommt vom Asbest. Vom Asbest in der Eternit in Niederurnen. Im Jahr 1972 arbeitete Schwarzmann während fünf Wochen in der Schmidheiny-Fabrik. Als Schulbub in den Sommerferien. Er ist 14, schleift Eternitplatten – ohne Mundschutz. Der tödliche Asbeststaub dringt in seine Lunge.

Die Eternit ist damals eine der grösseren Herstellerinnen von Asbestprodukten. Das Geschäft floriert: Bis die Faser 1990 in der Schweiz verboten wird, wird kaum ein Haus ohne Asbest gebaut. Asbest gilt als Wunderfaser, weil er eine grosse Festigkeit besitzt, hitzebeständig und billig ist und hervorragend dämmt. Er steckt in Isolationen, Bodenbelägen, Decken. Dass Asbest aber auch hochgradig krebserregend ist, wurde lange Zeit heruntergespielt. Bis die Krankheit ausbricht, können Jahrzehnte vergehen.

FREUND JANN

Nach der Diagnose reagiert Roland Schwarzmann, von Beruf Treuhänder, schnell. Er meldet sich bei der Suva, ersucht darum, dass sein Krebs als Berufskrankheit anerkannt werde. Dass die Suva zahle. Mit Erfolg.

Weniger gut ergeht es seinem Freund Marcel Jann. Schwarzmann lernt ihn im Zürcher Universitätsklinikum kennen. Auch Jann hat Krebs. Auch bei ihm ist der Asbest schuld. Nur: Geld von der Suva bekommt er nicht. Denn seine Vergiftung hat er sich nicht bei der Arbeit geholt, sondern als Junge beim Spielen. Die Janns wohnten in Niederurnen direkt neben der Fabrik.

Heute könnte sich Jann an einen Fonds für Asbestopfer wenden (siehe Box «Endlich Hilfe»). Ein Durchbruch! Doch damals blieb ihm nur der juristische Weg. Schwarzmann unterstützt Jann. Gemeinsam reichen sie Klage ein. Ihnen geht es nicht nur ums Geld. Sie wollen, dass die Eternit und ihr ehemaliger CEO, Stephan Schmidheiny, zur Rechenschaft gezogen werden.



TRAUER BLEIBT: Elsbeth Schwarzmann erinnert sich gut. Nach der ersten Operation fühlte sich ihr Mann gesund. Aber der Krebs kehrte zurück. Roland Schwarzmann starb 2007.

Roland Schwarzmann wird operiert. Er überlebt den schweren Eingriff, bei dem ihm der rechte Lungenflügel entfernt wird, und die Tortur der Bestrahlung. In einem Neujahrsgross an Freunde schreibt er im Dezember 2005: «In kleinsten Schritten kehrten die Energie und Lebensfreude wieder.» Schwarzmann gilt als geheilt.

DER LETZTE SOMMER

Im Sommer fährt er mit seinen Söhnen auf den Walensee hinaus. Sohn Markus erinnert sich: «Mit dem kleinen Holzboot, das mein Vater noch kurz vor seiner Krankheit gekauft hatte.» Es ist der letzte Sommer, den die Familie zusammen verbringt. Der Krebs kommt zurück. Am 23. Februar 2007 stirbt Roland Schwarzmann.

2008 lehnt das Bundesgericht als letzte Instanz Schwarzmanns und Janns Klage ab. Ihre Fälle gelten als verjährt. Als es in der Zwischenzeit zu Vermittlungsgesprächen zwischen der Familie und der Eternit AG kommt, erleidet Schwarzmanns Frau Elsbeth einen Herzinfarkt.

Noch heute schüttelt es sie, wenn sie daran zurückdenkt: «Menschen gegenüberzusitzen, die so tun, als sei nichts passiert, als sei niemand verantwortlich, das war zu viel.»

HOFFNUNG

Über Umwege werden die Familien Schwarzmann und Jann später doch noch entschädigt. Die Schwarzmanns aufgrund des Opferhilfegesetzes durch den Kanton Glarus. Die Janns wiederum erhalten Geld aus einem Fonds, den Eternit nach den vielen Negativschlagzeilen für Härtefälle eingerichtet hat.

Das ist nur eine kleine Genugtuung für so viel Schmerz. Bis heute hatte sich Beton-Milliardär Stephan Schmidheiny vor keinem Schweizer Gericht zu verantworten. Markus Schwarzmann gibt die Hoffnung aber nicht auf. Er möchte, dass der Wunsch seines Vaters doch noch erfüllt werde: «Dass sie zu ihrer Verantwortung stehen. Dass sie kommen und sich entschuldigen.» Denn: «Sie sollen sehen, was sie getan haben.»

Gewerkschafter Vasco Pedrina:

«Wirtschaft muss zahlen»

35 Jahre hat der ehemalige Unia-Co-Chef Pedrina für die Asbestopfer gekämpft.

PATRICIA D'INCAU

work: Was sagen Sie zur Geschichte der Schwarzmanns?

Vasco Pedrina: Sie zeigt die menschliche Tragödie der Asbestkatastrophe. Mehr als 1800 Menschen sind bis heute in der Schweiz an Asbest gestorben. Weltweit sind es jedes Jahr 100 000 Personen. Und das wird so bleiben, mindestens noch für einige Jahrzehnte. Die Geschichte zeigt aber auch, dass es den Opfern nicht nur darum geht, für sich selber zu kämpfen, sondern um die Suche nach einer Lösung für alle Geschädigten. Also um Solidarität.



Schwarzmanns wünschen sich immer noch, dass endlich jemand die Verantwortung für ihr Leid übernehme. Verstehen Sie das?

Es ist natürlich, dass man nach dem Hauptschuldigen sucht. Die Eternit und ihr ehemaliger Eigentümer Stephan Schmidheiny stehen diesbezüglich immer wieder im Fokus. Ich muss aber sagen, dass nicht nur sie eine Rolle gespielt haben. In den Werkstätten der SBB in Chur gab es mehr Tote als bei der Eternit in Niederurnen. Und 17 Prozent aller Toten stammen aus der Metall- und Maschinenindustrie, wo etwa Turbinenbauer mit Asbestprodukten gearbeitet haben. Auch die Behörden und die Suva hätten

Endlich Hilfe

Jetzt werden Asbestkranke nicht mehr alleine gelassen: Der **Entschädigungsfonds für Asbestopfer (EFA)** bietet ihnen ab sofort finanzielle und psychologische Unterstützung. Betroffene und Angehörige sind aufgerufen, sich unter www.stiftung-efa.ch oder 041 418 89 79 zu melden. (pdi)

ten früher und härter eingreifen können und tragen so eine gewisse Mitverantwortung. Letztlich hat die gesamte Wirtschaft jahrzehntelang vom Asbest profitiert, auch die Banken. Deshalb soll auch die gesamte Wirtschaft für den Schaden zahlen.

Endlich gibt es einen Fonds, aus dem Asbestkranke Entschädigung beantragen können, ohne vor Gericht gehen zu müssen. Gespeist wird er von Firmen, die Sie überzeugen konnten zu zahlen. 30 Millionen Franken sind zusammengekommen, 70 fehlen noch. Warum?

Tatsächlich vertritt ein Teil der Firmen und Branchen den Standpunkt, dass sie nur wenig betroffen seien und deshalb nicht bezahlen müssten. Man schiebt sich gegenseitig die Verantwortung zu. Aber Hauptsache, es gibt diesen Fonds endlich. Das ist ein Durchbruch!

In Italien musste sich Stephan Schmidheiny wegen fahrlässiger und vorsätzlicher Tötung vor Gericht verantworten. Nicht so in der Schweiz. Weshalb nicht?

Viele Fälle wurden erst ab den 1990er Jahren bekannt, weil es bis zu 40 Jahre dauern kann, bis eine Asbestkrankheit ausbricht. Die Verjährungsfrist beträgt aber in der Schweiz nur 10 Jahre. Das bedeutet, dass viele dann, wenn sie die Krankheit bemerken, gar nicht mehr gegen die Verantwortlichen klagen können. Das ist ein Problem.

Warum hat sich daran bis heute nichts geändert?

Ein wichtiger Grund ist natürlich, dass sich die Wirtschaft immer gegen eine Verlängerung der Verjährungsfrist gesperrt hat. Wichtig ist deshalb das Urteil, das der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte 2014 gefällt hat. Es ging um einen ABB-Mitarbeiter. Seine Frau klagte gegen die kurze Verjährungsfrist in der Schweiz und bekam recht. Jetzt muss das Parlament handeln. Am 30. August trifft sich die Nationalratskommission zu diesem Thema. Ich hoffe, dass dann ein Schritt nach vorne gemacht werde.

ASBEST: DIE CHRONOLOGIE

1964



FOTO: PETER LAUTH

KREBS-BEWEIS. Der Wissenschaftler Irving Selikoff beweist, dass schon kleinste Mengen Asbestfasern Krebs verursachen können. Rund zehn Jahre später nimmt die Suva die ersten Kontrollen vor in der Eternit AG in Niederurnen.

1989

ASBESTVERBOT. Der Bundesrat beschliesst, dass in der Schweiz ab 1990 «keine asbesthaltigen Erzeugnisse und Gegenstände mehr verwendet werden dürfen. Das Verbot wird schrittweise eingeführt und bis 1995 ganz umgesetzt.

2002

ERMITTLUNG. Die italienische Staatsanwaltschaft ermittelt wegen Asbesttoten im Eternit-Werk gegen **Stephan Schmidheiny**. Es wird bekannt, dass auch bei der Eternit in Niederurnen 45 Mitarbeiter gestorben sind. Bei ABB in Birmensdorf gibt es 21 Erkrankte und 10 Tote, bei den SBB 80 Kranke, 58 davon bereits verstorben.



FOTO: ROB. PETER LAUTH

2004

KLAGEWELLE. In Thun gehen zwei Strafanzeigen gegen die BLS und die Suva ein. Im Kanton Aargau verklagen mehrere Witwen BBC/ABB wegen fahrlässiger Tötung. Im Kanton Glarus versuchen Betroffene, ehemalige Verantwortliche der Eternit zu belangen.

2014

RECHTLICHER DURCHBRUCH. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) gibt der Witwe eines ehemaligen ABB-Mitarbeiters recht und kommt zum Schluss, dass die Verjährungsfrist in der Schweiz für viele Asbestopfer zu kurz sei. Das Parlament muss die Frist anpassen.

2017

NEUER FONDS. Der Entschädigungsfonds für Asbestopfer (EFA) nimmt seine Arbeit auf. Der Fonds ist das Resultat eines runden Tisches, den der Bundesrat 2015 eingesetzt hatte, um zu klären, wie Asbestkranke entschädigt werden sollen. Ausführliche Chronologie: workzeitung.ch

Viele Konzerne melden Rekordgewinne: Jetzt müssen auch die Löhne steigen

RALPH HUG

Die Wirtschaft erholt sich. Der Franken hat sich abgeschwächt. Nichts spricht mehr gegen Lohnerhöhungen.

Die Nationalbank gab den Firmenchefs ein bequemes Argument in die Hand, als sie 2015 auf Druck der Finanzindustrie die Untergrenze zum Euro kappte: «Wegen des starken Frankens sind Lohnerhöhungen leider nicht möglich.» Und so tönte es dann auch überall in den Verhandlungsrunden. Nie fehlte der Hinweis auf Stellenabbau, Exporteinbussen und weniger Aufträge. Doch das Allzweck-Argu-



«Lohnpolitische Wende ist nötig.»

PAUL RECHSTEINER, CHEF GEFERKSCHAFTS-BUND, STÄNDERAT

ment sticht heute nicht mehr. Zwar ist der Franken immer noch überbewertet (siehe die Analyse von SGB-Chefökonom Daniel Lampart auf Seite 2). Aber die Wirtschaft hat sich erholt. Nicht zuletzt, weil die Belegschaften in manchen Betrieben Gratisüberstunden leisten mussten. Der Bau läuft, die Exportwirtschaft hat sich erholt, ihre Auftragsbücher füllen sich wieder, und auch die Hotellerie spürt den Aufschwung. Viele Konzerne melden Rekordgewinne.

2 PROZENT MEHR

Trotz Krise sahten die Manager und Aktionäre ab. Eine Unia-Studie zu 40 börsenkotierten Schweizer Firmen zeigt, dass die CEO-Löhne letztes Jahr zehnmal mehr gestiegen sind als die «normalen» Löhne. Unia-Chefin Vania Alleva sagt: «Es ist eine zuvor undenkbar Lohnschere aufgegangen.» Die durchschnittlichen Löhne kommen seit Jahren kaum vom Fleck. Hohe Mieten, steigende Krankenkassenprämien sowie die Sparpolitik der Kantone und Gemeinden haben die geringen Lohnerhöhungen gleich wieder aufgefrischt. Neueste Zahlen des Bundesamts für Sta-

Wer fordert wie viel?

- **Bau:** +150 Franken
- **Ausbauergewerbe:** +1,5% generell
- **Industrie:** +1,5–2% generell
- **Detailhandel:** +1,5% generell
- **Gastgewerbe:** +2% generell

tistik weisen sogar auf gesunkene Reallöhne hin. Damit hat sich eine ständige Behauptung der Arbeitgeber als falsch erwiesen: dass nämlich die Löhne der Schweizer Arbeitnehmenden durch sinkende Preise für Importprodukte real steigen würden.

Anders sieht es in Deutschland aus. Dort stiegen die Löhne in den letzten drei Jahren stark. Deshalb fordert Gewerkschaftsbundschef Paul Rechsteiner jetzt: «Es ist eine lohnpolitische Wende nötig.» Der Lohnrückstand der letzten Jahre müsse aufgeholt werden. In Zahlen: 1,5 bis 2 Prozent mehr Lohn liegen drin. Weil die Aussichten gut sind, die Produktivität um 1 Prozent wächst und die Jahresteuern voraussichtlich über 0,5 Prozent betragen wird.

BESONDERS DIE FRAUENLÖHNE

Immer noch verdienen die Frauen ungefähr 20 Prozent weniger als die Männer, nur deshalb, weil sie Frauen sind. Insbesondere ihre Löhne müssen deshalb steigen. Und es braucht Lohnerhöhungen für alle und nicht bloss fürs Kader, damit die tiefen und mittleren Einkommen endlich wieder steigen. Wer den eigenen Lohn überprüfen will, konsultiert am besten den überarbeiteten Lohnrechner des SGB (www.lohnrechner.ch). Dieses Instrument schafft Transparenz für alle und kennt im Gegensatz zu anderen solchen Rechnern keine geschlechtsbezogene Diskriminierung.

Elvetino-Angestellte Ely Wüthrich freut sich:

«Jedes Jahr mehr Lohn!»

Ely Wüthrich arbeitet im Speisewagenservice der SBB-Tochter Elvetino. Der neue Gesamtarbeitsvertrag ist ein Aufsteller.

CHRISTIAN EGG

Fünzig Franken mehr Lohn pro Monat: So viel erhalten alle rund 800 Mitarbeitenden von Elvetino. Im Jahr 2018. Und 2019. Und jedes Jahr, während der nächsten fünf Jahre. So steht es im neuen Gesamtarbeitsvertrag (GAV), den die Gewerkschaften Unia und SEV mit der Elvetino abgeschlossen haben. Die Speisewagenangestellte Ely Wüthrich (58) freut sich riesig: «Damit haben wir unser wichtigstes Ziel erreicht. Das ist gewaltig!»

Mehr noch: Auch der Mindestlohn für Neueinsteiger und Neueinsteigerinnen steigt jährlich an. Von heute 3800 Franken auf 4000 in fünf Jahren.

Wüthrich: «Endlich ist diese Schwelle auch in unserer Firma erreicht – und zwar wohlverstanden bei 13 Monatslöhnen.»

VOLLER LOHN BEI KRANKHEIT

Am meisten freut sie aber die dritte Verbesserung im GAV: Wird jemand krank, gibt es neu während der ersten dreissig Tage den vollen Lohn und nicht wie bisher nur 88 Prozent. Das sei enorm wichtig, damit die Angestellten nicht in finanzielle Schwierigkeiten kämen, sagt Ely Wüthrich. Wer krank werde, müsse ja schon Franchise und Selbstbehalt selber bezahlen. Genau dann sei bis heute auch weniger Lohn reingekommen. «Ich bin gottentfroh, ist das jetzt vorbei.» Für die Elvetino-Angestellten sei das Risiko hoch, krank zu werden. Hauptgrund seien die «brutal langen» Dienste.

Zwar gilt eine Wochenarbeitszeit von 42 Stunden, aber einzelne Dienste dauerten bis zu vierzehn, fünfzehn Stunden, so Wüthrich, manchmal mehrmals hintereinander. Zudem käme man im Speisewagen und an der Minibar mit vielen Leuten in Kontakt, so dass man sich oft anstecke. Nicht zuletzt gebe es auch immer wieder Unfälle, etwa beim Treppensteigen, wenn der Zug plötzlich schwanke.

Früher fuhr sie im Speisewagen kreuz und quer durchs ganze Land, von der Ost-



GUT BEDIENT: Der Lohn der Serviceangestellten Ely Wüthrich und ihrer rund 800 Kolleginnen und Kollegen steigt bis 2022 jedes Jahr um 50 Franken pro Monat. FOTO: FLORIAN BACHMANN

schweiz etwa nach Lugano oder bis nach Genf. Das sei heute anders: Nach einer Umstrukturierung fahre sie jetzt nur noch von Romanshorn nach Brig und wieder zurück. SBB-Mediensprecher Christian Ginsig spricht von einem «Stammkundeneffekt», der mehr

«Wir haben brutal lange Dienste, bis zu fünfzehn Stunden.»

ELY WÜTHRICH, ELVETINO-ANGESTELLTE

Nachteil: «Die Arbeit ist eintöniger geworden», sagt die 57-jährige mit Bedauern in der Stimme.

KEINE ZWANGSJACKE

Mit umso mehr Herzblut kämpft die engagierte Gewerkschafterin – sie ist sowohl bei der Unia als auch beim SEV Mitglied – für Verbesserungen im Betrieb. Etwa bei der neuen Uniform. Die Chefs hätten das Personal zuerst «in eine Schale stecken» wollen, sagt sie, komplett mit wolligem Gilet, Langarmhemd und Fliege. Doch Wüthrich als Präsidentin der Personalkommission wehrte sich erfolgreich: «Im Sommer ist das viel zu heiss.» Jetzt darf das Personal zum Arbeiten die Ärmel hochkrepeln, und Fliege getragen ist freiwillig.

Trinkgeld bringe. Ely Wüthrich hingegen empfindet die Neuerung als

Minibar: Schicksal bleibt auf der Kippe

Die SBB als Muttergesellschaft der Elvetino wollen die Minibars abschaffen, und zwar «schrittweise» ab dem Fahrplanwechsel Ende 2017. Die Details sind aber noch völlig unklar, wie SBB-Sprecher Christian Ginsig auf work-Anfrage einräumt. Hintergrund: Noch ist offen, ob die SBB weiterhin für alle ihre Strecken die Konzession erhalten; auch die BLS bewirbt sich um mehrere Strecken. Bevor der Bund nicht entschieden hat, bleibt auch das Schicksal der Minibars offen.

DAS VERSPRECHEN. Jeannine Pilloud, Chefin Personenverkehr bei den SBB, hat öffentlich zugesichert, dass alle Minibarangestellten ein Angebot für einen neuen Job erhielten. Das war in der Sendung «Kassensturz» im Februar 2016. Dazu Mauro Moretto von der Unia: «Wir nehmen Frau Pilloud beim Wort und werden die Entwicklung in den nächsten Monaten genau beobachten.» (che)

Chefs klagten gegen gesetzliche Mindestlöhne

Bundesgericht stellt Arbeitgeber in den Senkel

Das Bundesgericht hat gesprochen: Kantonale Mindestlöhne sind in Ordnung. Jetzt müssen die Kantone gegen Hungerlöhne aktiv werden.

RALPH HUG

Das war den Arbeitgebern ein Dorn im Auge. 2011 beschlossen die Neuenburger Stimmberechtigten auf eine linke Initiative hin einen gesetzlichen Mindestlohn von 20 Franken pro Stunde oder rund 3600 Franken pro Monat. Trotzdem torpedierten die

Pikant: Den Vorsitz hatte ausgerechnet ein SVP-Richter.

Wirtschaftsverbände den Volksentscheid. Denn es war eine Art Pilotfall für anständige Löhne in der ganzen Schweiz. Ihre Anwälte legten Beschwerde beim Bundesgericht ein. Aber mit einem schwachen Argument: Ein gesetzlicher Mindestlohn, der für

alle Beschäftigten im Kanton gelte, verletze die Wirtschaftsfreiheit, so die Klage.

KRACHENDE NIEDERLAGE. Doch am 4. August kam Klartext aus Lausanne. Kantonale Mindestlöhne seien rechtlich zulässig, urteilten die Richter klipp und klar. Eine krachende Niederlage für die Chefs. Pikant: Den Vorsitz hatte ausgerechnet ein SVP-Richter. Im Urteil heisst es, das Neuenburger Gesetz mit dem vorgeschriebenen Mindestlohn sei eine sozialpolitische Massnahme. Sie diene der Bekämpfung der Armut. Damit sind nun rechtliche Hürden gegen kantonale Mindestlöhne vom Tisch. Und auch die Situation im Jura und im Tessin ist geklärt: Diese beiden Kantone haben ebenfalls Mindestlöhne eingeführt. Sie können sie jetzt umsetzen.

In Neuenburg erhalten gemäss Berechnungen rund 2700 Menschen einen höheren Lohn. Es sind vorwiegend schlechtbezahlte Pflegenden sowie Angestellte im Service und im Verkauf. Laut Mauro Moretto, bei der Unia zuständig für den Gastrobereich, dürfen Neuenburger Wirte Berufsnulinge nicht mehr temporär schlechter bezahlen. Denn damit wäre der neue Mindestlohn nicht erfüllt. Eine entsprechende Ausnahmerege-

lung im Gastro-Gesamtarbeitsvertrag fällt im Westschweizer Kanton weg.

WEITERE INITIATIVEN. Moretto freut sich über den Entscheid: «Das Bundesgericht stützt unsere Auffassung, dass ein Lohn ein anständiges Leben garantieren soll.» Und es gibt Auftrieb für Initiativen gegen Lohndumping. So in Bern und im Thurgau, wo die Gewerkschaften demnächst Volksbegehren starten.



DEN DRUCK HOCH HALTEN: Mindestlohn landesweit bleibt das Ziel (Foto: Bern, 2013). Nächste Initiativen starten in Bern und im Thurgau. FOTO: KEYSTONE

Nach dem Erfolg der Tessiner Seeleute: An Bord bei Kapitän Diriye Amey

Lago mio, lief das gut!

Streik vorbei. Die Schiffe auf dem Lago Maggiore fahren wieder. Jetzt nimmt Kapitän Diriye Amey Kurs aufs nächste Ziel: einen neuen Gesamtarbeitsvertrag.

SABINE REBER | FOTOS TI-PRESS

«Buongiorno Capitano!» rufen ihm die Kinder zu, Spaziergänger grüssen ihn. Kapitän Diriye Amey (32) ist ein bekannter Mann in Locarno. Mit seinen 1,98 Metern Körpergrösse ist er nicht zu übersehen. Unterwegs zum Steg grüsst er die Passanten, schüttelt einer älteren Dame die Hand, für alle hat er ein herzliches Wort übrig. Seit diesem Sommer ist er noch ein bisschen bekannter. Als Mitglied der Personalkommission der Schifffahrtsangestellten auf dem Lago Maggiore war der SEV-Gewerkschafter eine der zentralen Figuren des erfolgreichen Arbeitskampfes.

EIN SCHÖNER BATZEN

Capitano Amey steuert die M/N Milano, Baujahr 1952, geschickt auf den See hinaus. Er erinnert sich an den Juni, als alle Schweizer Mitarbeitenden der italienischen Schifffahrtsgesellschaft NLM die

«Wir sind jetzt super organisiert und für neue Taten gerüstet.»

DIRIYE AMEY, KAPITÄN

keine Schiffe von Italien rauf! Wir streiken, wir wollen hier kein Schiff sehen! Und es kamen keine Schiffe.»

Amey dreht am fast schon antiken Steuerrad, weicht Baumstämmen aus, die das Gewitter in den See geschwemmt hat. «Wir erlebten eine enorme Unterstützung aus der Bevölkerung. Angehörige und Freunde kamen, um zu helfen, wir haben gemeinsam gekocht und ein Mittagmenü angeboten, wir haben eine Bar eingerichtet. Dazu haben wir viele Spenden erhalten.» Nach Abzug von Spesen sei noch ein schöner Batzen als Reserve übrig. «Wir sind jetzt super organisiert und gewappnet für den Fall, dass weitere Aktionen nötig werden.»

ZEICHEN DER HOFFNUNG

Das Lohndumping und die drohenden Privatisierungen betreffen das ganze Tessin, sagt Diriye Amey, während er die M/N Milano millimetergenau an den Steg von Ascona steuert, «unser Streik war ein Zeichen der Hoffnung für alle. Wenn in einem Laden die Löhne gedrückt werden, können die Verkäuferinnen nicht einfach streiken, die würden gleich ersetzt, genau wie auf dem Bau. Aber uns Kapitäne und Matrosen können sie nicht so leicht auswechseln», schmunzelt er. Auf der Schweizer Seite des Sees verkehren die älteren Schiffe der Flotte. Ein Schiff mit Einzelschraube wie die alte M/N Milano ist bei schlechtem Wetter anspruchsvoll zu navigieren: «Beim Bremsen», erklärt Amey, «dreht es zur Seite, und wenn dann noch der Wind weht, ist das Anlegen eine Kunst.»

SERVICE PUBLIC

In Ascona nimmt das Schiff neue Gäste auf und sticht wieder in See. «Jetzt haben alle gesehen», sagt er, «dass es sich lohnt, wenn man mit den Gewerkschaften zusammensteht und sich für seine Rechte wehrt! Wir brauchen einen verbindlichen Mindestlohn für alle Branchen. Aber viele unserer Politiker

Biberli meint: «Wer sich wehrt, schifft nicht ab!»



RÜCKENWIND: Diriye Amey und seine Kollegen und Kolleginnen erhielten beim Streik grosse Unterstützung aus der Bevölkerung.

sind halt selber Unternehmer, die wollen natürlich nichts ändern.»

Unterwegs zu den Brissagoinseln erklärt der Kapitän, das andere Problem sei der Trend zum Privatisieren, man sehe es bei der Post, «das geht immer auf Kosten des Personals, und am Ende ist alles teurer, und der Service wird schlechter. Wir aber wollen hier weiterhin einen Service public anbieten. Wir fahren auch am Morgen früh und bei schlechtem Wetter, und wenn jemand mit dem Rollstuhl kommt, helfen wir.» Nun redet er sich ins Feuer. «Ja Himmel, es kann doch nicht alles nur immer rentieren! Wo bleibt denn das Wohl der Menschen?»

SEEBUB UND BERGLER

Der gebürtige Tessiner Diriye Amey spricht übrigens auch Walliserdeutsch – seine Partnerin Annabelle stammt aus Fiesch. Jahrelang verbrachte er die Sommer auf dem See und arbeitete im Winter bei Bergbahnen im Wallis. Schon sein Vater, ein Somalier, war Kapitän auf dem Lago Maggiore – 35 Jahre lang. Diriye hat ihn als Bub oft begleitet, kennt die älteren Mannschaftsmitglieder von klein auf. Aber nach der Schule machte er erst einmal das KV, weil sein Vater ihm riet: «Junge, mach besser eine Bürolehre, denn das ist ein harter Job hier auf dem See!»

Mit 19 Jahren zog es Diriye trotzdem aufs Wasser: «Den ganzen Tag im Büro sitzen, das war nichts für mich. Auf dem See erleben wir die Jahreszeiten, das Wetter, den Wind und die Wellen, und jeder Tag ist wieder anders.» Am Anfang hat er am Steg gearbeitet, es folgte die Ausbildung zum Maschinisten, und bereits mit 23 Jahren konnte er das Schiffsführerpatent machen. Er wurde Kapitän, «als einer der Jüngsten hier auf dem See!» Seit vier Jahren ist er nun für das ganze Jahr festangestellt. Inzwischen ist der begeisterte Seemann Vater geworden. Manchmal nimmt er seinen einjährigen Sohn Jayden mit an Bord. Der nächste Kapitän in der Familie?

Jobs gesichert, Lohn garantiert

Die Seeleute vom Lago Maggiore haben mit ihrem fast dreiwöchigen Streik ihre Forderungen durchgesetzt und ihre Arbeitsplätze gerettet. Die Gewerkschaften Unia, SEV und der Tessiner OCST haben den Streik tatkräftig unterstützt.

SOLIDARITÄT. Die italienische Schifffahrtsgesellschaft Navigazione Lago Maggiore (NLM) hatte vor den Sommerferien allen 34 Seeleuten auf der Schweizer Seite des Sees per Ende Jahr gekündigt. Daraufhin sind sie alle in Streik getreten. Eine breite Welle der Solidarität erfasste das Tessin, für eine Petition an die Regierung kamen 13 451 Unterschriften zusammen.



DER ZORN DER MATROSEN: Die Seeleute am Lago Maggiore zogen den Streik entschlossen durch.

Nun übernimmt die Schweizerische Schifffahrtsgesellschaft auf dem Lago di Lugano (SNL) alle Mitarbeitenden und führt ab 2018 auch den Schweizer Betrieb auf dem Lago Maggiore. Zudem erhalten die Seeleute eine Lohngarantie für ein Jahr, finanziert vom Kanton Tessin und der Stadt Locarno.

Bisher hatten die Mitarbeitenden einen gemeinsamen GAV mit den Buschauffeuren von Locarno (FARC), der im Zuge der Entlassungen aufgekündigt worden ist. SEV-Vizepräsidentin Barbara Spalinger: «Wir haben nun ein Abkommen, dass für 2018 ein neuer GAV mit der SNL ausgehandelt wird. Aber das gibt ein hartes Seilziehen, denn auch dort wollen sie nur sparen, sparen, sparen!»

Geizige Beizer

BERN. Harte Zeiten für die Angestellten im Gastgewerbe: Ihre Forderungen nach einer Lohnerhöhung für 2018 stossen bei den Arbeitgeberverbänden auf taube Ohren. Mauro Moretto von der Unia ist von den Verhandlungen enttäuscht: «Insbesondere Gastrosuisse zeichnete ein apokalyptisches Bild der Branche und verlangte



SERVICE: Mieses Angebot. FOTO: KEY

immer wieder eine Nullrunde für die Löhne 2018.» Erst gegen Schluss der Verhandlungen hätten die Arbeitgeber ein Angebot für eine Erhöhung der Mindestlöhne um 10 Franken im Monat gemacht. Moretto: «Das ist indiskutabel! Es blieb uns nichts anderes, als das Scheitern der Verhandlungen festzustellen.» Nun wird gemäss L-GAV das Schiedsgericht angerufen, das die Löhne 2018 verbindlich festlegen wird. Der erneuerte L-GAV für das Gastgewerbe trat Anfang 2017 in Kraft und gilt mindestens bis Ende 2020.

Neuer Partner im Callcenter-GAV

BERN. Der Branchenverband CallNet.ch schliesst sich dem Gesamtarbeitsvertrag (GAV) der Contact- und Callcenter-Branche an. Damit erhöht sich die Abdeckung des GAV in dieser Branche nochmals beträchtlich, wie die Gewerkschaft Syndicom mitteilt. Der GAV ist seit 1. Juli 2017 in Kraft. Nun wollen ihn die Sozialpartner Syndicom, Contactswiss und CallNet.ch durch den Bundesrat allgemeinverbindlich erklären lassen.

Putzstreik in Londons Spitälern

LONDON. Über 700 Reinigungsleute von vier Londoner Spitälern des «Barts Trust» streiken seit mehr als drei Wochen. Sie fordern 30 Pence (38 Rappen) mehr Stundenlohn. Laut der Zeitung «The Guardian» ist das der grösste Reinigungsstreik in der Geschichte des Vereinigten Königreichs. Seit April 2017 gehört das Reinigungspersonal von vier Londoner Krankenhäusern zum privaten Serco-Konzern. Dieser erhält vom Staat 600 Millionen Pfund für die Reinigung der vier Krankenhäuser.

Unbesetzte Lehrstellen

BERN. Frust zu Beginn des Lehrjahres: Viele Lehrstellen bleiben unbesetzt, weil die schlechten Arbeitsbedingungen Jugendliche abschrecken. Im Bau, im Verkauf und im Dienstleistungssektor waren noch im April rund 40 Prozent der Lehrstellen unbesetzt, wie die Unia-Jugend festgestellt hat. Zugleich würden in beliebten Branchen wie dem Gesundheits- und Sozialwesen immer mehr Schulabgängerinnen und Schulabgänger im Praktikumsverhältnis angestellt. Die Unia-Jugend fordert die Arbeitgeber auf, jungen Berufsleuten eine ordentliche Lehre statt prekärer Praktika anzubieten.

Jugendarbeitslosigkeit Die verlorene Generation

Ein gähnendes Loch klafft seit der Krise im Arbeitsmarkt: Mehr als 5 Millionen Junge unter 25 Jahren waren 2013 in der EU arbeitslos. Jeder und jede vierte. In Spanien und Griechenland waren es gar fast die Hälfte. Viele von ihnen bleiben über Jahre ohne Job, sie drohen zur «verlorenen Generation» der Finanzmarktkrise zu werden.



Andreas Rieger ist Unia-Sekretär und vertritt den SGB im Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB).

JUGENDGARANTIE. Die EU reagierte und entschied sich 2013 für eine «Jugendgarantie»: Allen Jungen muss innert vier Monaten nach Ausbildungsabschluss eine Stelle, eine Weiterbildung oder ein Praktikum zugesichert werden. Dafür sieht die EU 8 Milliarden aus ihren Mitteln vor, als Beitrag an die Länder. Doch die Bilanz dieses (an sich lobenswerten) Programms ist nicht erhebdend: Zwar haben innert dreier Jahre mehrere Millionen Junge davon profitiert, aber viel weniger, als Anspruch darauf hätten. Und nur wenige Länder setzten das Programm seriös und breitflächig um. Es sind nicht jene Länder, die in der Jugendarbeitslosigkeit versinken. So hat zum Beispiel die neoliberal-reaktionäre Regierung Spaniens nur ein paar Prozent der reservierten EU-Gelder überhaupt abgerufen.

Gegen vier Millionen Junge sind ohne Job.

Das sind nicht jene Länder, die in der Jugendarbeitslosigkeit versinken. So hat zum Beispiel die neoliberal-reaktionäre Regierung Spaniens nur ein paar Prozent der reservierten EU-Gelder überhaupt abgerufen.

SAISONJOBS. Mit dem Abklingen der Krise sind heute etwas weniger Junge ohne Job. Aber es sind immer noch gegen vier Millionen. Und die Arbeitsverträge, die jene erhalten, die Arbeit finden, sind meist super prekär. Es handelt sich vor allem um Teilzeitstellen. Und um befristete Anstellungen. In Spanien hangeln sich rund 70 Prozent der unter 25jährigen deshalb von Saisonjob zu Saisonjob. Als Spaniens Regierung die Arbeitsgesetze und den Kündigungsschutz abbaute, behauptete sie, das werde die Patrons veranlassen, die Jungen fest anzustellen. So steht es im neoliberalen Gebetsbuch. Ein schlechter Witz.

Die Jugendarbeitslosigkeit in Europa ist ein Lehrstück. Es zeigt, dass der sogenannte freie Arbeitsmarkt oft nicht funktioniert. Um den Millionen Jungen in Europa wirklich eine Perspektive zu geben, müsste die EU-Jugendgarantie konsequent umgesetzt werden. Und es braucht eine Politik, die mit Investitionen, kluger Arbeitszeitgestaltung und Förderung der Kaufkraft nachhaltige Arbeitsplätze schafft.

UNIA online



Mehr Lohn für 2018?

Der Lohn allein macht noch nicht glücklich. Doch wer über Jahre nie eine Lohnerhöhung erhielt, ist zu Recht frustriert. Bei ständig steigenden Krankenkassenprämien wird die fehlende Aufbesserung zum echten Problem. Diesen Herbst stehen wieder in vielen Branchen Lohnverhandlungen an (siehe auch Seite 4). Wie viel mehr in welcher Branche angebracht ist und wo dringender Nachholbedarf besteht, erfahren sie auf www.unia.ch/lohn

Dumping-Uber ausgebremst – aber nur in Zürich «Ein guter Tag für die Tägerler»

Der Dumping-Fahrdienst Uber stellt den umstrittenen Amateurdienst in Zürich ein. Auch weil die Kantonsregierung Druck machte. Ganz anders als in Basel.

CHRISTIAN EGG

Das Ende kommt plötzlich. Am 9. August teilt Uber seinen Fahrerinnen und Fahrern in Zürich mit: Uber Pop wird ab morgen eingestellt. Das ist die billigste und beliebteste Kategorie beim Dumping-Taxidienst. Und auch die umstrittenste. Denn hier fahren Amateure ohne Taxizulassung. Das ist illegal, weil sie dabei Geld verdienen.

Roman Künzler, Taxispezialist bei der Unia, freut sich: «Das ist ein guter Tag für die Taxifahrerinnen und Taxifahrer.» Viele Tägerler hätten aufgetatmet und hofften jetzt, dass ihr Verdienst

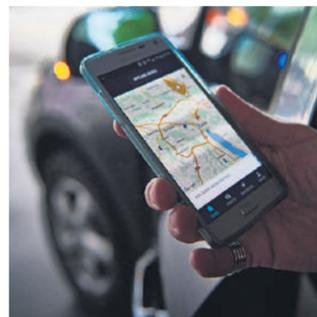
wieder etwas ansteige. Zwar will Uber die bisherigen Pop-Beschäftigten neu in der Profi-Kategorie Uber X fahren lassen. Doch dafür müssen sie die Taxiprüfung machen und im Auto einen Fahrten-

Warum unternimmt das links-grüne Basel nichts?

schreiber installieren. Künzler geht davon aus, dass nur die wenigsten das machen werden. Denn beides zusammen kostet rund 3000 Franken.

KLARE WORTE

Uber hat offensichtlich nur wegen des Drucks von Gewerkschaften und Politik gehandelt. Zuletzt fand sogar der bürgerlich dominierte Zürcher Regierungsrat klare Worte: Uber Pop sei mit dem



NUR NOCH PROFIS: Aus für Uber Pop in Zürich. FOTO: KEYSTONE

Schweizer Recht nicht vereinbar, schrieb er Anfang Juni als Antwort auf einen Vorstoss.

Ganz anders der links-grüne Regierungsrat von Basel-Stadt: Er unternimmt nichts gegen Uber Pop. Gegenüber work lässt er ausrichten, das Kantonsparlament

habe es im Frühling abgelehnt, das Taxigesetz wegen Uber Pop zu verschärfen.

Unia-Mann Künzler kritisiert dies scharf: «Das ist verantwortungslos. Es ist schlichtweg Arbeitsverweigerung.» Anstatt das lokale Taxigewerbe zu schützen, arbeite Basels Regierung sogar mit Uber zusammen, im Rahmen der Reiseplaner-App Nordwestmobil (work berichtete).

Mit dem Ende von Uber Pop ist in Zürich zwar Schluss mit den illegalen Fahrten. Aber auch Uber X ändert nichts am Grundproblem. Künzler: «Der Erfolg von Uber beruht auf Lohn- und Sozialdumping.»

Konkret: Uber bezahlt keine Sozialabgaben, es gibt keinen Arbeitsvertrag, keine Unfallversicherung, null Lohn bei Krankheit. Roman Künzler: «Dagegen werden wir weiterkämpfen.»

Jedes Jahr werden rund 45 000 Fussballer durch Verletzungen zum Zuschauen gezwungen.



Fussball ist eine der populärsten Sportarten in der Schweiz. Leider verletzen sich jedes Jahr rund 45 000 Menschen dabei – ein ganzes Stadion voll. Bestimmen Sie jetzt Ihr persönliches Risikoprofil und senken Sie so Ihre Verletzungsgefahr: mit dem Fussballtest auf suva.ch.

suvaliv
Sichere Freizeit



KEINE ANGST VOR DER SCHWEIZER KAPITALISTEN-KAVALLERIE: Betriebsratsvorsitzender Christophe Hassenforder (Mitte) mit Michael Korsmeier, erstem Bevollmächtigtem der IG Metall Bonn/Rhein-Sieg, und Rainer Schmeltzer, Ex-Arbeitsminister von Nordrhein-Westfalen (r.). FOTO: ANDREAS BRÖHL

Lohmar (D): Sulzer stellt 174 Leute eiskalt auf die Strasse Indianer weinen nicht

Die Beschäftigten der Sulzer Pump Solutions im westdeutschen Lohmar haben das Recht auf ihrer Seite. Aber die Sulzer-Zentrale in der Schweiz hat die Macht, Gerichtsurteile zu umgehen.

MICHAEL STÖTZEL

Christophe Hassenforder ist Präsident des Betriebsrates der Sulzer Pump Solutions in Lohmar, einer Kleinstadt südöstlich des Köln-Bonner Flughafens. Der 57-jährige ist französisch-deutscher Doppelbürger und eine auffällige Figur: Er hat sich als Indianer entworfen. Lange, schwarze Haare, Lederweste, Federschmuck am linken Ohr, viele Armbänder und Piercings. Das Indianische steckt aber nicht nur in seinem Outfit. In seiner Mailadresse nennt er sich «Tecomseh». Nach dem legendären Häuptling der nordamerikanischen Shawnee, der alle Stämme seines Landes vereinigen wollte. Um als Gemeinschaft der Schwachen den weissen Landräubern entgegenzutreten.

STANDORTSICHERUNG

Hassenforder engagiert sich seit bald 25 Jahren als Arbeitnehmervertreter in der Firma. Lange war das ein Kampf um den Erhalt der Arbeitsplätze. Mehrere Besitzerwechsel waren verbunden mit versuchten Massenentlassungen. Das Schlimmste konnten die Lohmarer immer wieder verhindern. Sie sind gut organisiert, fast alle gehören der Metallgewerkschaft IG Metall an. Und sie sind bekannt für ihren Zusammenhalt.

Auch nach der Übernahme des Betriebs durch Sulzer 2011 ging der Arbeitsplatzabbau weiter. Aber immerhin, im Gegenzug für 19 verlorene Stellen erreichte der Betriebsrat 2014 einen Vertrag über die Sicherung des Standorts und keine weiteren betriebsbedingten Kündigungen bis

Ende 2019. Doch dann kam der 15. Dezember 2016. Der Tag, an dem dieser Vertrag nach Meinung des Konzerns nur noch ein Wisch Papier war. Sulzer liess ausrichten: Lohmar wird Ende 2017 geschlossen. Die Pumpenherstellung müsse auf billigere Produktionsstandorte in China und Irland konzentriert werden.

Die Belegschaft habe «grenzenlose Wut» gepackt, erzählt Hassenforder. Und sie beschloss, Sulzer juristisch zur Vertragstreue zu zwingen. Mit Erfolg: Das Landesarbeitsgericht Köln bestätigte am 11. Mai die vereinbarte Standortgarantie. Die Firma dürfe deshalb nicht vor Ende 2019 geschlossen werden.

Die Leute schöpften wieder Hoffnung. Doch «recht haben und recht bekommen ist ein gewaltiger Unterschied», sagt Hassenforder heute. Die Konzernleitung gab sich unbeeindruckt. Das baldige Ende in Lohmar sei «unumgänglich». Zudem habe der Betriebsrat die Vereinbarung selbst zuerst gebrochen. Er habe sich im letzten Jahr nämlich geweigert, über Kurzarbeit oder Nullrunden beim Lohn auch nur zu verhandeln. Dabei habe der Vertrag eben auch solche Massnahmen bei «konjunkturbedingtem Beschäftigungsmangel» vorgesehen.

FRISS ODER STIRB

In der Tat hatte Hassenforder solche Forderungen rundweg abgelehnt. Denn von Beschäftigungsmangel konnte im letzten Jahr überhaupt keine Rede sein. Vielmehr hätten sie laufend Überstunden machen und die Arbeitszeitkonten voll ausschöpfen

müssen. Auch in den ersten Monaten dieses Jahres sei der Betrieb noch voll ausgelastet gewesen. Doch im April begann, was Hassenforder die «Trockenlegung» nennt: Sulzer entzog Lohmar einen Grossauftrag und vergab ihn an eine Filiale in Irland. Auf einen Schlag fielen damit zehn Prozent des Jahresumsatzes weg.

Damit nicht genug: Sulzer kündigte an, überhaupt keinen Auftrag mehr an Lohmar zu vergeben. Und das war faktisch das Aus des Unternehmens.

«Am Ende standen wir vor der bitteren Entscheidung: friss oder stirb», sagt Hassenforder. In einem «abschliessenden Angebot» stellte der Konzern den Betriebsrat und die 174 Beschäftigten vor die Alternative, einer Schliessung Ende dieses Jahres zuzustimmen oder die Insolvenz zu riskieren.

Für den Verzicht auf die Beschäftigungsgarantie bis Ende 2019 bot Sulzer einen Sozialplan im Gesamtvolumen von 175 000 Euro pro Kopf an. Am 3. August akzeptierten 80 Prozent der Belegschaft das giftige Angebot. «Jetzt beginnt der Verteilungskampf unter uns», meint Gewerkschafter Hassenforder. Mit seinen Betriebsratskollegen muss er bis zum 19. September die Einzelheiten des Sozialplans klären. Sein Ziel: «Wir wollen nicht weinen und nicht als gebrochene Menschen die Firma verlassen.»

«Recht haben und recht bekommen ist ein gewaltiger Unterschied.»

BETRIEBSRATSPRÄSIDENT
HASSENFORDER

Sulzer schminkt sich: Mischer & Kartuschen

2016 hatten die Sulzer-Aktionäre, allen voran der russische Oligarch Viktor Vekselberg, Freude: Trotz schwacher Geschäfte konnten sie neben der Dividende eine Sonderauschüttung von 500 Millionen Franken einstreichen. Das war das Jahr, in dem sich Sulzer in Winterthur als Industrie-Arbeitgeber verabschiedete. Mit der Schliessung der Chemtech-Produktion im Mai 2016 verschwanden dort die letzten 90 Arbeitsplätze. Ihre Verlagerung begründete Sulzer fast

wortgleich wie jetzt die Schliessung des Pumpenwerks in Lohmar (siehe «Indianer weinen nicht»): Die konjunkturellen Probleme ihrer Hauptabnehmerin, der Ölbranche, würden die Konzentration auf weniger Standorte verlangen.

ZUKÄUFE. Zwar geht Sulzer-Chef Greg Poux-Guillaume davon aus, dass sich das Ölgeschäft spätestens im nächsten Jahr wieder erholt, offenbar wollte er aber darauf nicht warten. Stattdessen setzt er auf das

Geschäft mit Dispensern, Mischern und Kartuschen zum Auftragen von Klebstoffen und

Die Sulzer-Aktionäre genehmigten sich eine halbe Milliarde.

Dichtungsmassen in der Industrie, aber auch zum Applizieren von Impfstoffen und Kosmetika. Dank Zukäufen entsprechender Firmen verzeichnete das Unternehmen 2016 erstmals wieder wachsenden Umsatz. (ms)



BUNTES TREIBEN: Kleine Teile (im Bild: Dispenser und Mischer), schwache Geschäfte, Sonderdividende. FOTO: PD



la suisse existe
Jean Ziegler

VERHINDERT CASSIS!

Manuel Tornare ist ehemaliger, temperamentvoller Stadtpräsident der Stadt Genf und heute über die Parteigrenzen hinaus hochangesehener Genfer SP-Nationalrat. Er redet gern Klartext und warnt seine Kolleginnen und Kollegen vor einer Wahl des Krankenkassen-Cheflobbyisten Ignazio Cassis in den Bundesrat. Tornare: «Unsere Mitbürger

Der freundliche Herr Cassis aus Sessa ist einer der effizientesten Akteure des korrupten Gesundheitssystems.

ger und Mitbürgerinnen sehen ihre Krankenkassenprä-

mien ständig steigen. Sie sind unzufrieden. Es wäre daher sehr ungeschickt, jemanden mit dem Profil von Cassis in den Bundesrat zu schicken.» («Le Matin», 6. 6. 2017)

DER CHEFLOBBYIST. Nicht nur im Bundeshaus schrillen die Alarmglocken. Auch manche Spezialisten des öffentlichen Gesundheitswesens warnen vor dem Lobbyisten. Cassis war Vizepräsident der Ärztevereinigung FMH, Präsident des Kassenverbands Santé-suisse und Präsident des Fachverbandes Swiss Public Health. Bis zu seiner offiziellen Bundesratskandidatur präsiidierte er Cura-futura, den Verband der vier grössten Krankenkassen. «Cassis hat nie das öffentliche Gesundheitswesen verteidigt», schreibt Rainer Kaelin, der langjährige Vizepräsident der Schweizer Lungenliga («Tribune de Genève», 4. 8. 2017).

Das Krankenversicherungsgesetz (KVG) wurde 1996 revidiert. Seitdem sind die Prämien um mehr als das Doppelte gestiegen. Und die Moguln der Krankenkassen kündigen schon heute eine massive Erhöhung für 2018 von bis zu zehn Prozent an. Das ist eine Katastrophe vor allem für mittelständische Familien, die kein Anrecht auf Prämienverbilligung haben. Das Gesetz verbietet den Kassen jegliche Profitmaximierung. Aber kein Mensch kontrolliert wirklich dieses Gebot.

Die Moguln fixieren jährlich die Prämien und definieren für die Basisversicherung das Leistungsangebot. Ihnen sind die Bürgerinnen und Bürger schutzlos ausgeliefert, weil die Versicherung obligatorisch ist. Bundesräte verdienen im Jahr 475 000 Franken. Die Krankenkassenverwalter verdienen bis das Doppelte davon. Beispiel: Das Jahresgehalt des Helsana-Chefs beträgt 900 000 Franken. Und auch die Honorare der Verwaltungsräte schiessen in den Himmel.

EINE SOZIALE KATASTROPHE. Der freundliche Herr Cassis aus dem Dorf Sessa, Arzt und Fraktionschef der Freisinnigen, ist einer der effizientesten Akteure dieses korrupten Systems. Immer wenn Bundesrat Alain Berset versucht, die Medikamentenpreise zu senken oder das Geschäftsgebaren der Moguln zu kontrollieren, organisiert Cassis den parlamentarischen Widerstand. Meist mit Erfolg. Seine Wahl in den Bundesrat am 20. September wäre eine soziale Katastrophe für Millionen hart arbeitende Familien, die von den Krankenkassenprämien erdrückt werden. Unsere SP stellt rund einen Viertel der Abgeordneten der Bundesversammlung. Es ist ihre Verantwortung, diese Katastrophe zu verhindern.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein neuestes Buch, «Der schmale Grat der Hoffnung», ist im März 2017 auf deutsch erschienen.



DER HAMMER: EMS-Chefin und Milliardärin Magdalena Martullo-Blocher sperrt sich in einem Komitee mit anderen Grossverdienern gegen die Reform 2020 der Altersvorsorge. FOTO: SABINE WUNDERLIN/ROB

Bonzen gegen die AHV

Sie brauchen keine AHV. Weil sie schon im Geld schwimmen wie Dagobert Duck. Das neueste Komitee der Gegner der Altersreform 2020 ist eine Galerie der Reichen und Superreichen: Magdalena Martullo-Blocher, Peter Spuhler, Ulf Berg, Lukas Gähwiler, Valentin Vogt und Hans Hess. Die Unternehmer Martullo und Spuhler sind Milliardäre. Das Wirtschaftsforum «Bilanz» listet sie mit 7 bis 8 Milliarden (Familie Blocher) bzw. 1,5 bis 2 Milliarden Vermögen auf. Ulf Berg ist als Verwaltungsratspräsident der Ems-Chemie ein Spezi von Martullo und garniert aus diesem Amt allein 242'000 Franken im Jahr. Aber seine Millionen sackte er als Sulzer-Manager und Lobbyist der schwedischen Milliardärsfamilie Wallenberg ein. Gähwiler wurde als UBS-Manager reich. Als er noch Konzernleitungsmitglied der Grossbank war, flossen ihm mehrere Millionen in die Tasche. Jährlich. Arbeitgeberpräsident Vogt und Swissmem-Chef Hess stehen auf der Gehaltsliste der Winterthurer Firma Burkhard Compression. Nur für einige Verwaltungsratssitzungen im Jahr kassieren sie dort schon 151'000 bzw. 83'000 Franken. (rh)

Plan B der Reformgegner: So wollen FDP-Gössi & Co. unsere AHV bodigen

Gelingt es den Rechten, die Altersvorsorge 2020 an der Urne zu kippen, sind Rentenalter 67 und tiefere Renten für alle so sicher wie das Amen in der Kirche.

RALPH HUG

Am SP-CVP-Block bissen sie sich im Parlament die Zähne aus. Der Rentenkompromiss hielt. Jetzt aber hofft die Rechte, mit Millionengeldern aus der Wirtschaft die Altersreform an der Urne zu bodigen. Aber wie sieht ihre Alternative aus? Der sogenannte Plan B von FDP, SVP und Wirtschaftslobby lehrt das Gruseln:

- die Reform wieder in Pakete aufspalten,
- die Versicherten die Renteneinbussen in der Pensionskasse selber zahlen lassen,

FDP-Chefin Petra Gössi will uns bis ins Alter 67 arbeiten lassen.

Dieser Plan ist nach dem Muster «jeder schaut für sich selber» gestrickt. Das ist der Traum der Wirtschaftselite: Sie will möglichst wenig an die Altersvorsorge zahlen. Doris Bianchi, beim Gewerkschaftsbund für die Altersvorsorge zuständig, bringt den Kern dieser B-Lösung auf den Punkt: «Länger arbeiten, mehr zahlen, keine Solidarität.» Mit einem Nein solle die AHV in eine Defizitspirale gezwungen werden, die politisch den Weg freimachen würde für Abbaumassnahmen, analysiert Bianchi.

Und bei der Pensionskasse wären viel höhere Beiträge und klar tiefere BVG-Renten unauwechlich, wenn die Versicherten allein die Einbussen durch den auf 6 Prozent gesenkten

Umwandlungssatz kompensieren müssten. Gerade Junge müssten dann sehr tief in die Tasche greifen. Laut Berechnungen hätte ein 24-jähriger mit einem Jahreseinkommen von 40'000 Franken bis zur Pensionierung 30'750 Franken mehr einzuzahlen als mit der jetzigen Reform.

AM VOLK VORBEI

Weil die Rechte weiss, dass Rentenalter 67 unpopulär ist, versteckt sie die Sache unter dem harmlosen Titel «technische Massnahmen». Sie will das höhere Rentenalter mit einem leicht manipulierbaren Automatismus beim AHV-Fonds einführen. Durch die Hintertüre und am Volk vorbei. Dumm ist nur, dass solche Vorschläge

im Parlament bereits scheiterten. Ein Nein am 24. September, so die Hoffnung, werde die Stimmung zugunsten des höheren Rentenalters kippen lassen. Hardliner wie die FDP-Ständerätin Karin Keller-Sutter schalten inzwischen voll auf Angriff. Sie behaupten, die Altersvorsorge 2020 werde selber zu Rentenalter 67 führen, weil sie hohe Defizite verursache. Das ist unverfroren und verlogen. Keller-Sutter müsste dann ja Feuer und Flamme für die

Vorlage sein. Ist sie aber nicht. Vielmehr ist es die alte Angstmasche, mit der schon FDP-Bundesrat Couchepin unterging, als er seine unsoziale AHV-Revision durchdrücken wollte.

Der Plan B ist keiner. Er entpuppt sich als aufgewärmte Suppe von gestern. Ungeniessbar. Aber gefährlich.

Siehe auch «1x1 der Wirtschaft, Die Rechten planen AHV-Kahlschlag à la Griechenland» auf Seite 11.

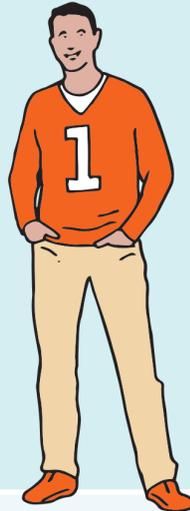
Alleinstehender Mann (24)
Einkommen pro Monat
3500 Franken



Die Reform kostet ihn
40 Franken

Seine Rente erhöht sich um
237 Franken

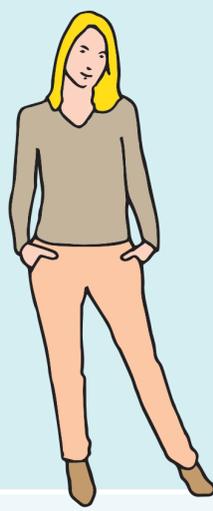
Alleinstehender Mann (24)
Einkommen pro Monat
7000 Franken



Die Reform kostet ihn
39 Franken

Seine Rente erhöht sich um
21 Franken

Alleinstehende Frau (34)
Einkommen pro Monat
5200 Franken



Die Reform kostet sie
60 Franken

Ihre Rente erhöht sich um
227 Franken

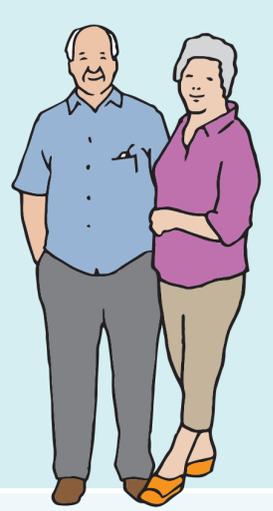
Ehepaar (24), zwei Kinder
Einkommen pro Monat
8700 Franken
Mann 5800 Franken, Frau 2900 Franken



Die Reform kostet sie
78 Franken

Ihre Rente erhöht sich um
478 Franken

Ehepaar (54)
Einkommen pro Monat
8700 Franken
Mann 5800 Franken, Frau 2900 Franken



Die Reform kostet sie
143 Franken

Ihre Rente erhöht sich um
302 Franken

ILLUSTRATIONEN: ROUF WALLE/INFODIGITAL, WORK/FTI GRAPHICS

DIE FINANZIELLEN FOLGEN DER REFORM BEI UNTERSCHIEDLICHEN EINKOMMEN. Lesebeispiel: Eine alleinstehende 34-jährige Frau (oben Mitte) mit einem Einkommen von 5200 Franken brutto pro Monat bezahlt gemäss Reform 60 Franken monatlich mehr in Form von Lohnabzügen und Mehrwertsteuer. Im Gegenzug steigt ihre Monatsrente (AHV plus BVG) ab Alter 65 um 227 Franken.

AHV-Abstimmung vom 24. September: Die Fakten auf den Franken genau

Das bringt Ihnen die Rentenreform

work rechnet es vor: Von der Altersreform 2020 profitieren fast alle. Auch bei den Jungen.

RALPH HUG

Der Rentenkompromiss hat einen grossen Tolleffekt: Die Erhöhung des Frauenrentenalters auf 65. Das ist, gerade für die Gewerkschaften, eigentlich nicht annehmbar. Frauen müssten künftig ein Jahr länger für ihre Rente arbeiten. Ohne dass in der Wirtschaft Lohngleichheit herrscht. Aber es gilt das ganze Abstimmungspaket anzuschauen. Realpolitisch abzuwägen. Und da zeigt sich: Ein Nein am 24. September wäre das Einfallstor fürs Rentenalter 67. Und zwar für alle. Und für tiefere Renten. Das ist es, was die Wirtschaftsverbände und ihre Wasserträger im Parlament wollen. Sie möchten, dass die Rentenreform von Bundesrat Alain Berset bachab geht. Denn dann könnten sie ihre umstrittenen AHV-Abbaupläne endlich durchdrücken (siehe «Plan B der Reformgegner»).

Am 24. September steht also viel auf dem Spiel. Es geht um die Sicherung der AHV, das Herzstück unseres Sozialstaats. Deshalb lohnt es sich, den Zahlensalat rund um die Vorlage zu entwirren.

KLEINE EINKOMMEN PROFITIEREN

Das Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) hat gerechnet. Was bringt die Altersreform den Menschen in den Haushalten konkret? Was zahlen sie, was erhalten sie an Rente? Dabei spielen der Jahrgang und das Einkommen die zentrale Rolle. Die Fallbeispiele orientieren sich an typischen Situationen. Zum Beispiel

ein 24-jähriger mit 3500 Franken Monatseinkommen: Er muss durch die Reform 28 Franken mehr AHV- und BVG-Beiträge im Monat zahlen. Plus 12 Franken mehr an Mehrwertsteuer. Macht zusammen 40 Franken mehr pro Monat. Demgegenüber wird seine Rente um 237 Franken steigen. Der junge Mann profitiert also stark.

Und nicht nur er. Die Berechnungen des Bundesamtes zeigen: Die grosse Mehrheit profitiert von der Rentenreform 2020 direkt. Nur bei Alleinstehenden mit hohen Löhnen im jungen und mittleren Alter fällt sie negativ aus. Etwa bei einem Versicherungsvertreter, der

Altersvorsorge 2020: Darum geht's

- Das Frauenrentenalter wird schrittweise von 64 auf 65 Jahre erhöht.
- Der sogenannte Umwandlungssatz in der obligatorischen beruflichen Vorsorge sinkt von 6,8 auf 6 Prozent. Die daraus entstehenden Renteneinbussen werden mit Kompensationsmassnahmen ausgeglichen. Für alle Versicherten bis Jahrgang 1972 ist der Besitzstand garantiert.
- Die AHV-Neurenten werden um 70 Franken pro Monat erhöht. Der Pfafonds der Ehepaarrenten steigt von 150 auf 155 Prozent. Finanziert wird dies durch eine Erhöhung der Lohnprozente um 0,3 Prozent (Arbeitnehmer 0,15 Prozent, Arbeitgeber 0,15 Prozent).
- Die AHV wird durch eine Zusatzfinanzierung stabilisiert. Die Mehrwertsteuer steigt 2021 von 8 auf 8,3 Prozent.

mit 34 bereits 7000 Franken Einkommen hat: Er zahlt für die Reform 70 Franken, während seine Rente nur um 9 Franken steigt. Oder ein 44-jähriger Mann mit demselben Lohn: Er zahlt 77 Franken, während seine Rente um 40 Franken sinkt.

Am positivsten wirkt sich die Reform bei Leuten mit kleinen Löhnen aus. Also Personen, die auf gute Renten angewiesen sind. Unter ihnen befinden sich viele Frauen. Wer zwischen 45 und 65 Jahre alt ist, muss sich nicht sorgen. Da sieht die Reform Besitzstandsgarantie bei der Rente vor. Diese bewirkt, dass die vorgesehene Einbussen aus der Senkung des Umwandlungssatzes und der zweiten Säule kompensiert werden (siehe: «Altersvorsorge 2020: Darum geht's»).

Rentensparen über die dritte Säule käme doppelt so teuer.

SO PROFITIEREN DIE JUNGEN

Die Gegner behaupten, die Rentenreform schade den Jungen. Sie müssten die Zeche für die Alten bezahlen. Die BSV-Zahlen entlarven diese Pauschalbehauptung als Lüge. Selbst wenn einige wenige Jüngere mehr besteuert werden müssen und im Alter geringere Renten erhalten, profitieren auch sie. Denn ein Ja am 24. September sichert auch ihre künftigen Renten und verhindert, dass der AHV-Fonds in Schieflage gerät.

Alle Jungen werden dereinst auch die 70 Franken mehr Rente pro Monat erhalten, die die Reform für Neurentnerinnen und Neurentner einführen will. Im Jahr macht das 840 Franken mehr. Müsstens sie diesen Betrag privat über eine dritte Säule ansparen, käme

sie dies viel teurer zu stehen. Das hat der Gewerkschaftsbund (SGB) errechnet: Sie müssten dann mindestens doppelt so viel zahlen, nämlich bis zu 0,8 Lohnprozente statt nur 0,3 Prozente. SGB-Rentenspezialistin Doris Bianchi sagt: «Bei Jüngeren mit tiefen Löhnen soll die Altersvorsorge nicht unnötig viel Geld aufressen, da diese keinen Spielraum für zusätzliches Sparen haben. Daher ist gerade für sie eine gestärkte AHV wichtig.»

SO PROFITIEREN DIE PENSIONIERTEN

Kommt die Rentenreform am 24. September durch, ändert sich bei den Renten der Pensionierten nichts: diese bleiben gleich hoch. Niemand muss fürchten, dass sie gekürzt werden. Genau das haben FDP & Co. aber wiederholt versucht. Durch die Streichung des automatischen Teuerungsausgleichs wollten sie auch den Pensionierten ans Eingemachte. Ohne Erfolg. Ein Ja zur Reform rechnet sich deshalb auch für alle Rentnerinnen und Rentner.

Sie sagen: «Aber ich erhalte ja keine 70 Franken Zuschlag. Das ist ungerecht!» Halt, halt, ist es nicht! Denn die 70 Franken erhalten sie deshalb nicht, weil sie auch nicht von den Verschlechterungen beim Umwandlungssatz betroffen sind.

Alle Pensionierten werden nur durch die Anhebung der Mehrwertsteuer um 0,3 Prozentpunkte belastet. Die ist allerdings minim und erfolgt erst ab 2021.

SO PROFITIEREN TEILZEITARBEITENDE

Die Rentenreform 2020 will Teilzeitarbeit in der zweiten Säule endlich besser versichern. Das kommt vor allem den vielen Frauen zugute, die in der Schweiz Teilzeit arbeiten. Und bisher bei der Rente diskriminiert sind. End-

lich soll ein grösserer Teil ihres Lohns versichert sein. Das schenkt spürbar ein: Eine 39-jährige Coiffeuse mit einem Jahreslohn von 35'000 Franken und einem Kind erhält so 229 Franken mehr Pensionskassenrente im Monat. Ein Ja am 24. September hat für die Frauen also nicht nur den Nachteil des höheren Rentenalters, es bringt ihnen auch mehr Geld.

Nicht zu vergessen: 500'000 Frauen sind in der Schweiz berufstätig, haben aber gar keine Pensionskasse. Im Alter sind sie also auf eine gute AHV angewiesen. Den Zuschlag von 840 Franken pro Jahr können sie deshalb gut gebrauchen.

SO PROFITIEREN ÄLTERE ARBEITSLOSE

Wer heute mit 58 den Job verliert, verliert oft auch seine Pensionskasse. Arbeitslose Bauarbeiter zum Beispiel müssen hilflos zuschauen, wie die Kasse sie rauswirft, nur weil (wegen der Arbeitslosigkeit) die Beiträge fehlen. Damit räumt die Rentenreform auf. Davon profitieren alle älteren Arbeitnehmenden.

SIE SAGEN JA AM 24. SEPTEMBER

UNIA, BAUERN UND FRAUENVERBÄNDE

Linksgewerkschaftliche Kreise in der Westschweiz sagen zwar Nein zur Rentenreform. Die Erhöhung des Rentenalters für die Frauen sei unzumutbar, argumentieren sie. Doch sowohl der SGB als auch die Unia und die christlichen Arbeitnehmerverbände stehen hinter der Altersreform. Sie sagen am 24. September zweimal Ja: Ja zur Altersvorsorge 2020 und Ja zur nötigen Mehrwertsteuererhöhung.

AUSGEWOGEN. Unter ihnen sind zahlreiche mitgliederstarke Verbände, so der Kaufmännische Verband oder der Berufsverband der Pflegerinnen und Pfleger. Wichtige Altersorganisationen wie die Pro Senectute, aber auch die linke VASOS unterstützen die Vorlage. Der Bauernverband votiert ebenfalls für ein Ja. Viele Bauern und Bäuerinnen haben keine zweite Säule, sie leben im Alter ausschliesslich von der AHV. Und sie haben gerechnet: Ein Ja bringt auch ihnen 840 Franken AHV-Rente



FÜR DIE REFORM: PK-Netz-Geschäftsführer Urban Hodel. FOTO: NICOLAS ZONNI

mehr pro Jahr sowie eine bessere Ehepaarrente mit max. 2'172 Franken mehr pro Jahr. Auch die grösste Frauenorganisation, der Dachverband Alliance F, empfiehlt ein Ja. Er vertritt 400'000 Frauen. Die Kulturschaffenden sind ebenfalls im Befürworterlager. Ja sagen zudem die Arbeitnehmervertretenden in den Pensionskassen, die im Verband PK-Netz zusammengeschlossen sind. PK-Netz-Geschäftsführer Urban Hodel (siehe auch work vom 12. Mai 2017) sagt: «Die Altersvorsorge 2020 ist eine ausgewogene Gesamtlösung, die keine einseitigen Kürzungen bringt.» (rh)

workfrage:
Was halten Sie von der Altersreform 2020?
Schreiben oder mailen Sie uns Ihre Meinung zu diesem Thema! Eine Auswahl der Antworten lesen Sie in der nächsten Ausgabe. E-Mail oder Brief an: **work, Frage, Postfach 272, 3000 Bern 15, redaktion@workzeitung.ch**

Keramikarbeiter von Geberit erkämpfen Top-Sozialplan Bravo, Asterix und Obelix

Die Manager vom WC-Konzern Geberit wollten zwei Fabriken in Frankreich spülen. Aus reiner Profitgier. Daraus ist nun nichts geworden.

RALPH HUG

Das hatten sich die Herren anders vorgestellt: Die Chefs des milliardenschweren Sanitärkonzerns wollten mal schnell zwei Fabriken ihrer französischen Tochter Allia im Burgund schliessen. Die Jobs sollten nach Osteuropa gehen. Doch die Betroffenen wehrten sich gegen diesen Kahlschlag aus reinen Renditegründen.

Ein Jahr lang folgte eine Protestaktion der andern. Zweimal fuhren die Arbeiterinnen und Arbeiter auch am Konzernsitz in Rapperswil-Jona SG vor. Selbst die beiden örtlichen Bürgermeister kamen mit. Zum Teil in Asterix- und Obelix-Kostüme gekleidet, forderten die Búezer die Erhaltung ihrer Jobs: «Die Keramik darf nicht sterben. Sie gehört zu uns!»

GEBERIT MUSS ZAHLEN

Jetzt ist der Kampf zu Ende. Die Geberit-Spitze konnte zwar die Einstellung der Keramikproduktion in Digoín durchsetzen. Doch für den Sozialplan muss sie 44 Millionen Franken auf den Tisch legen. Und ein Teil der Jobs bleibt erhalten. Ein Drittel

der Búezer kann weiterarbeiten, ein Drittel wird frühpensioniert, und der letzte Drittel muss auf Stellensuche – immerhin mit Begleitmassnahmen abgedeckt.

Die Gewerkschaften konnten aufzeigen, dass es mit der Montage von Vorprodukten und einem Logistik-

Gewerkschafter zeigten eine wirtschaftliche Alternative zur Schliessung auf.

aufbau eine wirtschaftliche Alternative gibt. Gewerkschafter Pierre-Gael Laveder ist erfreut: «Wir haben gut verhandelt.»

MASSTÄBE GESETZT

Die Geberit-Manager bleiben wortkarg. Vom Sozialplan ist in ihrer Medienmitteilung mit nur sechs dürren Zeilen kein Wort zu lesen. Immerhin müssen sie den Investoren mitteilen, was sie die ganze Übung kostete.

Die hiesigen Medien verbreiteten prompt die Meldung, Geberit schliesse zwei Werke in Frankreich. Das sind Fake News. Der Sozialplan setzt in Frankreich sogar Massstäbe. Das sagt der französische Gewerkschaftsanwalt Ralph Blindauer («Der rote Baron») im nebenstehenden work-Interview.



ERFOLGREICHE GALLIER. In Asterix- und Obelix-Kostümen wehrte sich die Belegschaft der Geberit-Tochter Allia. FOTO: FLORIAN AICHER

Gewerkschaftsanwalt Ralph Blindauer über den 14monatigen Allia-Arbeitskampf: «Ein Rolls-Royce unter den Sozialplänen»

work: Ralph Blindauer, wie beurteilen Sie anfangs die Chancen auf Erfolg?

Blindauer: Wir hätten auch verlieren können. Die Lage mit vier verschiedenen Gewerkschaften war kompliziert. Und es gibt bei uns in Frankreich keine Streikkassen. Aber die Allia-Búezer waren von Anfang bis Ende einig und mutig. Das hat zum Erfolg geführt.

Was hat die Geberit-Manager zum Einlenken gebracht?

Sie haben nicht mit einem solchen Widerstand gerechnet. Wir waren immer dort, wo sie es nicht erwartet hatten. Zudem haben wir keine Reifen verbrannt und keine Hemden der Chefs zerrissen. Dafür haben wir mit Humor gekämpft. Humor kann eine schreckliche Waffe sein. Ausserdem waren wir froh um die Unterstützung der Unia in der Schweiz und der Gewerkschaft CGTP in Portugal. Sie haben uns sehr geholfen.

Bisher galt das Ergebnis aus dem grossen Streik beim Pneuhersteller Continental im Jahr 2009 als Rolls-Royce unter den französischen Sozialplänen. Wie fällt der Vergleich mit Geberit aus?

Dieser Sozialplan ist super. Er ist mit demjenigen von Continental vergleichbar und so gesehen auch ein Rolls-Royce. 40 Jobs in Digoín sind gerettet. In La Neu-



FOTO: RALPH HUG

Mut und Einigkeit haben zum Erfolg geführt – und Humor.

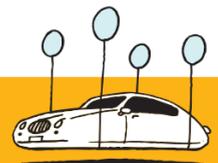
BÚEZER-ANWALT RALPH BLINDAUER

veville finanziert Geberit Ersatzprojekte, die bis zu 40 Jobs retten könnten. 80 Personen können ab 55 Jahren in Pension gehen. Insgesamt kann man sagen, dass zwei Drittel der Belegschaft den Job behalten oder mindestens kurzfristig weiterarbeiten können. Continental hatte den Betrieb in Compiègne brutal geschlossen. Acht Jahre später sind immer noch 40 Prozent der 1100 Betroffenen ohne Stelle.

Ihre Bilanz dieses Arbeitskampfs?

Der Erfolg bei Allia ist für mich ein Musterbeispiel. Die Betroffenen haben mehr als ein Jahr lang nicht nur um einen Sozialplan, sondern um ihren Arbeitsplatz gekämpft. Ich kenne genug andere Fälle, wo die Arbeiter glaubten, nur um Geld kämpfen zu müssen, und sich dann Illusionen hingaben. (rh)

rosazukunft Technik, Umwelt, Politik



Dieselgate: Die Chancen der deutschen Krise

Dank dem Super-GAU im japanischen Fukushima geht 2022 das letzte deutsche Atomkraftwerk vom Netz. Dank dem deutschen Dieselskandal wird sich die Elektromobilität schneller durchsetzen als bisher vorhersehbar.

Fast alle von uns schauen fern. Neu auch zeitverschoben. Und in immer besserer Auflösung trotz immer grösser werdenden Bildschirmen. Selbst 55-Zoll-Monster kosten als Aktionsware keinen Wochenmindestlohn mehr. Zumindest nicht im Kanton Neuenburg, wo sie jetzt einen Mindestlohn von 20 Franken pro Stunde einführen.

Wer hätte sich das vor fünf Jahren vorstellen können? Dass der technische Fortschritt 2012 gekaufte Fernseher heute schon alt, klein und hässlich aussehen lässt.

Wir bekommen für gleich viel Geld viel mehr Glotze. Ist das ein Fortschritt? Ein bisschen schon. Wie wird diese Steigerung der Produktivität volkswirtschaftlich erfasst? Gibt es überhaupt einen nennenswerten Fortschritt der Produktivität?

DIESELKANDAL. Unterschiedliche Positionen stehen im Raum. Für einige ist die Zeit der grossen Produktivitätsfortschritte vorbei. Für andere sind die heute verwendeten Statistiken nicht in der Lage, den technischen Fortschritt korrekt zu spiegeln,



DIESEL-MUTTI: Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel blieb beim Dieselskandal bislang in Deckung – plant sie den Blitzausstieg wie einst bei den AKW? FOTO: DPA

weil parallel dazu die Preise sinken. Wer hat recht? Wenn nicht alles täuscht, erleben wir das verdammt langsame Sterben des fossilen Fordismus. Viele von uns haben aus Sorge um die Umwelt ein halbwegs sparsames Dieselfahrzeug gekauft. Obwohl die Dieselpreise in der Schweiz (im Gegensatz zu Deutschland) nicht günstiger waren und sind als die Preise für Benzin. Jetzt wollen Städte wie etwa Stuttgart Dieselfahrer nächste nicht mehr herumkurven lassen.

Zudem wütet in Deutschland der Dieselskandal: Die weltweit führenden deutschen Autokonzerne haben

gemeinsam mit Bosch so getrickelt, dass die vorgeschriebenen Grenzwerte nur auf dem Rollband erreicht wurden und werden. Aufgedeckt haben diese Sauererei ausgerechnet die US-Umweltbehörden. Obwohl kein wirtschaftlich relevantes Land pro Kopf so viel CO₂ ausstösst wie die USA. Die laufenden Untersuchungen haben es aufgedeckt: Das schmutzige Herstellerkartell hat sich auch noch auf Kosten der Zulieferer und der Autokäufer bereichert.

DER GROSSE UMBAU. Jede Krise ist irgendwie auch eine Chance. Dank dem Super-GAU im japanischen

Fukushima geht 2022 das letzte deutsche Atomkraftwerk vom Netz. Dank Dieselgate wird sich die Elektromobilität schneller durchsetzen als bisher vorhersehbar.

Noch macht die Diesel-Mutti Merkel in Südtirol Wanderferien. Und fehlte folglich beim Dieselpfahl in Berlin. Die deutsche Bundeskanzlerin wartet ab, bis sie die nächste Kehrtwende machen kann. Vielleicht.

Der ökologische Umbau wird möglich, weil Wind- und Solarenergie dramatisch billiger werden. Der deutsche Energiegigant EnBW will nächsten 300 Meter hohe Offshore-Windkraftwerke ohne Subventionen bauen. Die Preise für Solarzellen befinden sich weiter im freien Fall.

Ins Zentrum rücken zwei Fragen:

Erstens: Wo muss man Solar- und Windkraftwerke bauen, damit möglichst fast immer irgendwo genügend Strom für Europa produziert werden kann? Die erfreuliche Antwort: Anstatt nur Windräder in die Ost- und die Nordsee zu stellen, bietet sich das krisengeschüttelte Griechenland als idealer Standort an.

Zweitens: Wie kann man dezentral überschüssigen Strom halbwegs verlustarm speichern? Die neuen Ansätze: Man heizt mit überschüssigem Strom Steine, Beton oder Kalk auf über 500 Grad auf. Und produziert mit dieser gespeicherten Hitze bei Bedarf Strom und Wärme.

Alles etwas kompliziert und spannend zugleich.

LINKS ZUM THEMA:

● rebrand.ly/siliziumpreis Wer Solarzellen herstellt, braucht in der Regel Silizium. Vor 2 Jahren kostete das Kilo Silizium 500 Franken. Jetzt nur mehr 50 Franken. Wer effiziente Batterien herstellt, braucht Lithium. Heute kostet das Kilo 3 Mal mehr als vor zwei Jahren. Viele glauben, dass hier ein vergleichbarer Preissturz bevorsteht. Warum? Es gibt auf der Welt genügend Sand zur Herstellung von Silizium und genügend Lithium zur Herstellung von Batterien. Wenn die Produktion schneller hochgefahren wird, als die Nachfrage steigt, fallen die Preise in den Keller.

● rebrand.ly/husson Der linke französische Ökonom Michel Husson setzt sich auf der Homepage der ehemaligen Zeitschrift «La Brèche» mit der Frage der Produktivität auseinander. Schade, dass ihn niemand übersetzt!

● rebrand.ly/spiegel Die Zeitschrift «Spiegel» hat in den letzten Jahren nachgelassen. Jetzt wird sie wieder etwas besser. Und macht aktuell Druck auf die Autoindustrie. In einem informativen Beitrag zeigt sie auf, wie man mit Ziegeln, Beton und Kalk aus Strom Wärme und aus Wärme Hitze machen kann.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: www.workzeitung.ch

Pro Senectute: Eine Jahrhundertgeschichte

Von Greisen und Krawallen

Zu ihrem runden Geburtstag schenkt sich die Pro Senectute keine langweilige Festschrift. Sondern ein lesenswertes Buch zum Altern in der Schweiz.

CHRISTIAN EGG

Er war der erste sozialdemokratische Pfarrer in der Schweiz: Albert Reichen, «Arbeiterpfarrer» in Winterthur. In seinem Kirchgemeindehaus gründet er zusammen mit Gleichgesinnten 1917 eine Stiftung «für bedürftige Greise beiderlei Geschlechts». Von denen gibt es damals viele. Mitten im Ersten Weltkrieg herrschen Hunger und Elend, eine Altersvorsorge existiert noch nicht.

Heute heisst die Stiftung Pro Senectute und wird hundert Jahre alt. Zu ihrem Geburtstag prä-



Kurt Seifert: Eine Jahrhundertgeschichte: **Pro Senectute und die Schweiz 1917 bis 2017**, Verlag Hier und Jetzt, 2017, ca. Fr. 40.–.

sentierte die Stiftung eine Jahrhundertgeschichte des Alterns in der Schweiz, die zeigt, wie sehr sich die Situation der älteren Menschen zwischen 1917 und 2017 verbessert hat. Allen Rückschlägen zum Trotz.

SIE KÄMPFTE FÜR DIE AHV

Besonders im Blickfeld des Buchs ist die Altersvorsorge. So bietet es auch eine gut lesbare Geschichte der AHV: Es erzählt von den vielen Anläufen bis zu ihrer Entstehung, vom erfolgreichen Ausbau in den Nachkriegsjahren und von harten politischen Kämpfen in jüngerer Zeit.

Auch die Pro Senectute weibelt zuerst für eine AHV. Als sie dann 1948 eingeführt wird, wendet sich die Stiftung neuen Aufgaben zu. Sie setzt sich

Mitten im Ersten Weltkrieg herrschen Hunger und Elend.

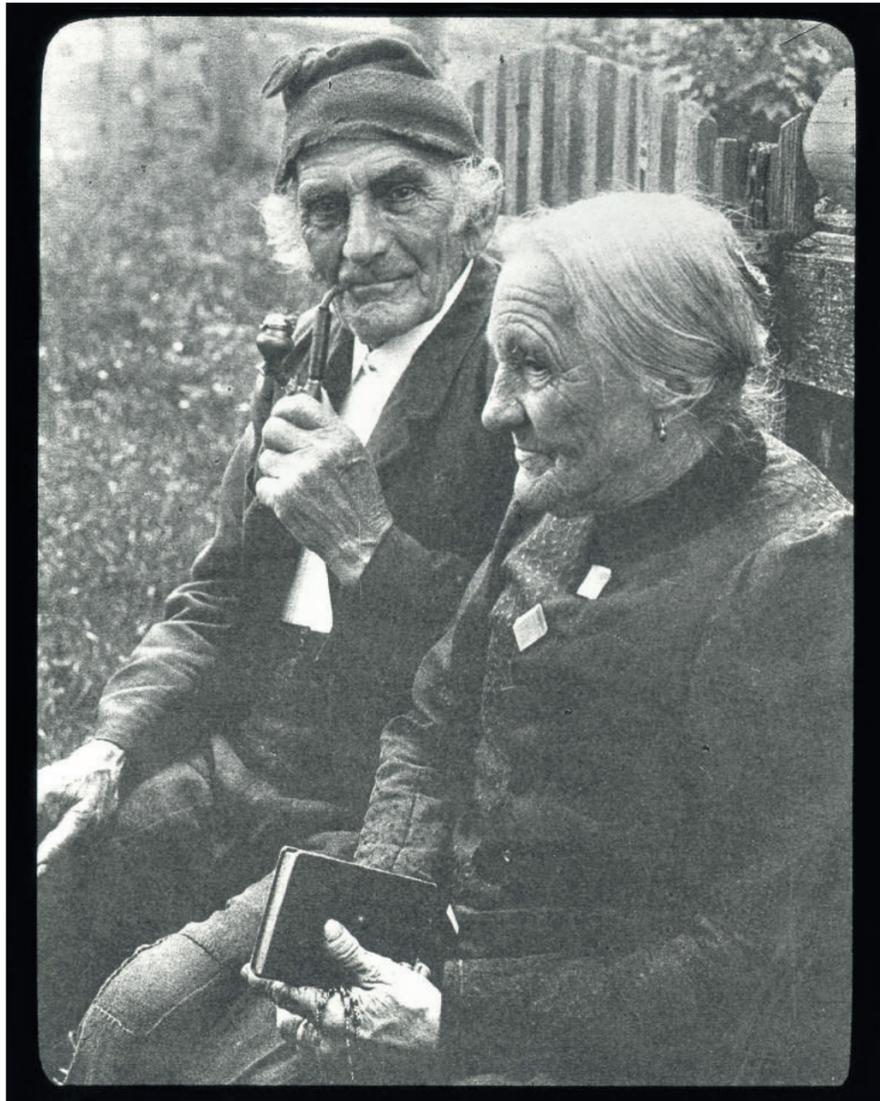
für menschenwürdige Altersheime anstatt der «Asyle» ein, aber auch dafür, dass alte Menschen

selbständig wohnen können. Bereits 1953 ruft sie dafür in Zürich einen Hauspflegedienst ins Leben – eine Art Vorläuferin der Spitex. Zu einem weiteren Pro-Senectute-Standbein werden die Sportkurse: Ende der 1950er Jahre entsteht in Thalwil ZH die erste Altersturngruppe. Zehn Jahre später nimmt bereits jede und jeder siebte Pensionierte an einer Veranstaltung der Organisation teil. Vor allem aber baut die Stiftung ein flächendeckendes Netz an Beratungsstellen auf –

heute sind es 130. Über 40 000 Seniorinnen und Senioren nehmen jährlich deren kostenlose Beratung in Anspruch.

SPRECHENDE BILDER

Das Buch lebt auch von starken Bildern. Etwa eine Aufnahme aus den zwanziger Jahren: An einem langen Esstisch sitzen links die Frauen, rechts die Männer. Weil sie keine Angehörigen hatten, landeten sie im Armenhaus. In die Gesichter – fast alle schauen direkt in die Kamera – hat ein langes, hartes Leben Furchen eingegraben, wie man sie heute kaum mehr sieht.



TRÜGERISCHE IDYLLE: Die Männerhose verrät die Armut. FOTO: SCHWEIZERISCHES SOZIALARCHIV

Friedlich wirkt dagegen die Fotografie eines alten Paares, das im Freien sitzt. Er hat eine Pfeife im Mundwinkel, sie hält ein kleines Buch in den Händen. Nur seine geflickte Hose und die arg verwaschene Mütze verraten, dass die beiden wohl auch nicht auf Rosen gebettet sind.

In anderen Bildern sind wichtige Ereignisse festgehalten. Eines zeigt Frauen, die 1952 in Genf warten, bis sie zum ersten Mal ins Abstimmungslokal dürfen. Sie durften entscheiden, ob sie politische Rechte wünschten – 85 Prozent sagten Ja. Bis das Frauenstimmrecht im Kanton Realität wurde, dauerte es trotzdem noch acht Jahre.

Neue Website

Frauen 2.0, interaktiv

Seit langem dokumentiert das Schweizerische Sozialarchiv in Zürich die Geschichte des Feminismus in der Schweiz. Jetzt haben Forscherinnen der Uni Bern die neue interaktive Website «Neue Frauenbewegung 2.0» erarbeitet. Am 31. August wird das Projekt der Öffentlichkeit vorgestellt. Mit den Initiantinnen Kristina Schulz und Magda Kaspar sowie Sozialarchiv-Chef Christian Koller. Zum Vormerken: Am 23. November folgt eine Buchpräsentation samt Podium zu Geschichte, Gegenwart und Zukunft der Frauenorganisationen in den Schweizer Parteien.

Sozialarchiv Zürich, Donnerstag, 31. August, 19 Uhr: «Neue Frauenbewegung 2.0 – Schweizer Frauengeschichte im Netz», www.sozialarchiv.ch.

Analyse: Rohstoffhandel Das Gesetz taugt nichts

Mit einer Revision des Aktienrechts will der Bundesrat mehr Licht in die notorische Dunkelkammer Rohstoffhandel bringen. Doch jetzt zeigt eine neue Datenanalyse von Public Eye: Das geplante Gesetz greift nicht. Die Vorschriften zur Transparenz betreffen nämlich nur gerade 4 der insgesamt 544 Rohstofffirmen in der Schweiz. Weil die Paragraphen nur die Förderung, nicht aber den Handel erfassen. Giganten wie



Die Rohstofffirmen (im Bild der Glencore-Hauptsitz) bleiben im Dunkelgrauen. FOTO: KEYSTONE

Glencore, Vitol oder Mercuria bleiben unberührt. Public Eye kritisiert: «Sie könnten ihre milliardenschweren Transaktionen mit Regierungen und korruptionsanfälligen Staatsfirmen weiterhin im Dunkeln abwickeln.»

Mehr Infos auf der Website von Public Eye: rebrand.ly/rohstofffirmen.

workxl der wirtschaft

David Gallusser

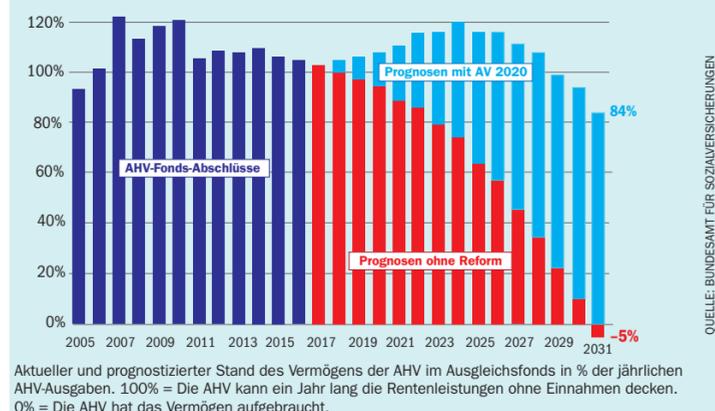
**DIE RECHTEN PLANEN AHV-KAHLSCHLAG À LA GRIECHENLAND**

Am 24. September stimmen wir über die Altersreform 2020 ab. Ein zentrales Anliegen der Reform ist die Sicherung der AHV-Finzen. Würde die AHV nicht zusätzliche Mittel erhalten, würde sie tief in die roten Zahlen rutschen. Das ganze Vermögen im Ausgleichsfonds wäre bis 2030 aufgebraucht, und die AHV müsste sich verschulden, um die Rentenzahlungen zu leisten (siehe Grafik).

DEMOGRAPHIE. Zur Hauptsache dafür verantwortlich ist die Veränderung der Altersstruktur in der Bevölkerung. Die Zahl der Rentenbezügerinnen wächst schneller als die Zahl der Beitragszahler. Zwar wächst auch die Wirtschaft: Produktivitätsfortschritte führen zu höheren Löhnen und damit zu mehr AHV-Beiträgen. Laut Prognosen wird der durchschnittliche AHV-Lohnbeitrag pro erwerbstätige Person und Jahr von heute 5400 auf 6200 Franken im Jahr 2030 steigen (bei heutigen Beitragsätzen und Preisen). Dieser Anstieg

reicht aber nicht aus, um die demographische Entwicklung abzufedern. Die Altersreform 2020 will deshalb mit Zusatzeinnahmen und sozial abgefederten Leistungsanpassungen dafür sorgen, dass die AHV auch in Zukunft gute Renten zahlt. Deshalb sollen nun 0,3 Prozentpunkte der Mehrwertsteuer von der IV an die AHV umgeleitet und weitere 0,3 Prozentpunkte zusätzlich für die AHV erhoben werden. Weiter ist geplant, mit der Erhöhung des Frauenrentenalters auf 65 die Ausgaben zu verringern.

KNALLHARTE INTERESSEN. Die rechten Parteien und die Finanzlobby jedoch wollen tiefere Renten und Rentenalter 67. Dahinter stecken knallharte Interessen: Je schwächer die AHV, desto weniger muss ihre gutbetuchte Klientel zur Finanzierung besteuern. Je weniger die AHV zum Leben reicht, desto mehr teure 3.-Säule-Produkte können Banken und Versicherungen verkaufen. Die

Altersvorsorge 2020 sichert AHV-Finzen

Gegner der AHV wissen, dass ein Abbau der ersten Säule beim Volk heute chancenlos ist, und versuchen gar nicht erst, diesen heute schon herbeizuführen. Steht die AHV hingegen in 10 Jahren kurz davor, Schulden anzuhäufen, könnten sich plötzlich radikale

Abbauvorlagen durchsetzen lassen. Ähnlich wie in Griechenland, wo die Verschuldung des Staats und der Sozialversicherungen für einen Kahlschlag bei den Renten genutzt wurde.

David Gallusser ist Ökonom und Unia-Mitglied.

Kongress in Zürich Eine Vision für Europa

Es steht nicht gut um Europa. Vor allem, wenn man es mit der EU gleichsetzt. Sparpolitik, Finanzdiktat, Flüchtlingskrise, Abschottung, Aufschwung der Rechten: Vom Traum eines offenen, friedvollen Kontinents scheint nicht viel übriggeblieben. Gibt es Alternativen? Ist die EU reformierbar? Wie kann Europa demokratischer werden? Was befeuert Rechtsbewegungen und Fremdenfeindlichkeit? Solche Fragen werden an einem Kongress behandelt, den die «Wochenzeitung» am 8. und 9. September in Zürich veranstaltet. Dort treffen sich Fachleute wie Saskia Sassen, Jamie Galbraith, Damir Skenderovic, Raoul Zelik und Daniel Graf mit Politikerinnen und Politikern wie Paul Rechsteiner, Min Li Marti und Cédric Wermuth zu Debatten und Workshops.

Europakongress, Volkshaus Zürich, 8. und 9. September. Programm und Anmeldungen: www.europakongress.ch.



Das offene Ohr

Wossen Aregay
vom Service Arbeitszeit
beantwortet Fragen
aus der Arbeitswelt.

Arbeit auf Abruf: Wird die Wartezeit auch entschädigt?

Ich bin zurzeit auf Stellensuche und möchte vorerst als Aushilfe in der Logistikbranche arbeiten. Ich habe mich bereits auf eine Stelle beworben. Es handelt sich um Arbeit auf Abruf, ich arbeite also nur dann, wenn es etwas zu tun gibt. Beim Vorstellungsgespräch erklärte man mir, dass diese Einsätze stundenweise über die Woche verteilt seien und dass sich die Arbeit in der Summe auf etwa 2 Tage belaufen werde. Nur diese Einsätze seien bezahlt. Was ist denn mit der Zeit, in der ich auf die Einsätze warte? Wird diese etwa nicht bezahlt?

WOSSEN AREGAY: Doch, sie wird bezahlt. Doch alles der Reihe nach: Gesetzlich spricht nichts dagegen, wenn Sie auf Abruf arbeiten. Aber Sie empfinden die Situation zu Recht als unbefriedigend. Sie müssen Unsicherheiten beim Einkommen hinnehmen. Gleichzeitig können Sie über Ihre Freizeit nicht frei bestimmen, weil Sie für den Arbeitseinsatz verfügbar sein müssen. Sie erfüllen damit im Hinblick auf den Einsatz ein Bedürfnis Ihres Arbeitgebers. Insofern ist es nur recht, wenn Sie dafür auch angemessen entschädigt werden. So hat das Bundesgericht entschieden (BGE 124 III 249). Aber erwarten Sie nicht, für die Wartezeit gleich bezahlt zu werden wie bei einem tatsächlichen Arbeitseinsatz. Denn Sie können in dieser Wartezeit andere Dinge tun, von denen Sie einen Nutzen haben. Einen festen Ansatz für diese Entschädigung zu nennen ist nicht möglich, weil dazu die Kriterien im Einzelfall zu beurteilen sind. Es gilt, was im Arbeitsvertrag vereinbart wird beziehungsweise was in der jeweiligen Branche üblich ist.

Arbeitszeit mit Video überwachen: Darf mein Chef das?

Ich arbeite im Detailhandel. Neulich hat uns mein Vorgesetzter informiert, dass er den Verdacht hege, dass einige von uns nicht richtig stempeln würden. Als Massnahme führe er demnächst die Videoüberwachung ein. Er wolle sicherstellen, dass wir korrekt stempelten. Er gebe uns einen Monat Bedenkzeit. Jenen, die mit dieser Massnahme nicht einverstanden seien, wolle er die Kündigung aussprechen. Darf er das?

WOSSEN AREGAY: Nein. Ihr Chef darf keine Überwachungs- und Kontrollsysteme einsetzen, die das Verhalten der Arbeitnehmenden am Arbeitsplatz überwachen sollen. So steht es im Arbeitsgesetz. Bei der Arbeit ständig überwacht zu werden ist ein Stressfaktor und kann zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen führen. Das widerspricht dem Grundsatz, dass der Arbeitgeber verpflichtet ist, Sie und Ihre Gesundheit zu schützen und auch sonst nichts zu unternehmen, was Sie in Ihrer Persönlichkeit tangiert. Machen Sie Ihren Chef darauf aufmerksam, dass er Überwachungs- und



VERBOTEN:
Dauernde Überwachung am Arbeitsplatz ist nur in absoluten Ausnahmefällen zulässig.

FOTO: ZVG

Kontrollanlagen nur äusserst zurückhaltend einsetzen dürfe. Und zwar nur dann, wenn es um die Sicherheit des Personals geht oder darum, Betriebs- oder Produktionsabläufe zu optimieren. Alles andere ist gegen das Gesetz! Ihr Arbeitgeber sollte ebenfalls wissen, dass das Aussprechen von Kündigungen in dieser Sache missbräuchlich ist.

So wehren Sie sich, wenn Sie am Arbeitsplatz sexuell belästigt werden

Null Toleranz für die Gräusel

Ihr Arbeitgeber muss Sie vor Übergriffen schützen. Auch wenn sie per E-Mail geschehen.

SINA BÜHLER

Ist es nur ein harmloser Flirt? Ein gut gemeintes Kompliment? Waren die Berührungen nur zufällig? Oder reden wir von sexueller Belästigung? Die Grenze zu ziehen mag manchmal schwierig sein. Darum fragen sich Opfer oft, ob sie nicht zu empfindlich reagierten. Dabei: schwierig ist es gar nicht. Denn zur sexuellen Belästigung am Arbeitsplatz gibt es eine ganz einfache Regel: «Ausschlaggebend ist nicht die Absicht der belästigenden Person, sondern wie ihr Verhalten bei der betroffenen Person ankommt, ob diese es als erwünscht oder unerwünscht empfindet.» So definiert es das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) auf seiner Website zum Thema: rebrand.ly/seco.

CHEF, KOLLEGE, KUNDE

Entscheidend ist also das persönliche Empfinden. Darüber hinaus lässt sich sexuelle Belästigung mit einigen Kriterien beschreiben: Es ist ein Verhalten, das einen sexuellen oder geschlechtsbedingten Bezug hat, als störend empfunden wird und die Betroffenen in ihrer Würde verletzt. Dazu gehören beispielsweise die Verbreitung von Pornographie, anzügliche Bemerkungen oder sexistische Witze. Zur sexuellen Belästigung zählt man auch unerwünschten Körperkontakt, Annäherungsversuche oder die Ausübung von Druck: beispielsweise, indem Vorteile versprochen werden oder mit Nachteilen gedroht wird. Immer mehr Belästigungen finden nicht persönlich, sondern per E-Mail, SMS oder via soziale Medien statt.

Es kommt auch nicht darauf an, wo diese Belästigung stattfindet: ob am Arbeitsplatz selber, auf dem Betriebsausflug oder nach Feierabend. Es ist ausserdem unwichtig von wem die Belästigung ausgeht: Es kann der Chef, die Kollegin, der Kunde oder die Patientin sein. Sie ist weder vom Alter, dem Geschlecht, der sexuellen Orientierung oder der beruflichen



WORKTIPP

DER LEITFADEN

Die Gewerkschaft Unia hat einen Flyer erstellt, der Ihnen Schritt für Schritt erklärt, wie Sie gegen sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz vorgehen können: rebrand.ly/sexuellebelastigung-unia. Für ihre Mitarbeitenden hat die Unia nach einem Fall von sexueller Belästigung in der Region Zürich-Schaffhausen interne Reglemente verschärft und eine zusätzliche externe Vertrauensstelle geschaffen, an die sich Betroffene direkt wenden können: www.proitera.ch.

Stellung der Beteiligten abhängig – alle können sowohl Opfer als auch Täter sein. Weil am Arbeitsplatz der Kontakt zu den übrigen Mitarbeitenden, Vorgesetzten oder Kunden ein Muss ist, müssen die Betriebe alles daransetzen, sexuelle Belästigung zu verhindern. Sie sind dazu gesetzlich verpflichtet. Finden Belästigungen trotzdem statt, müssen die Firmen dafür sorgen, dass dies den Opfern nicht zum Verhängnis wird.

KLARE ANSAGE VERLANGT

Die wichtigste Präventionsmassnahme, sagt das Seco, sei die klare Position der Firma und der

NEIN HEISST NEIN: Arbeitgeber, die sexuelle Belästigung nicht energisch unterbinden,

Geschäftsleitung, dass sie sexuelle Belästigung nicht toleriere. Die Vorgesetzten sollen sich für einen respektvollen Umgang unter den Mitarbeitenden starkmachen. Die Firma muss ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausserdem informieren, an wen sie sich wenden können, um Unterstützung zu finden. Das können sie beispielsweise mit Merkblättern tun. Darauf sollte stehen:

- dass der Betrieb keine sexuelle Belästigung duldet;
 - was man darunter versteht;
 - welche Konsequenzen diese Belästigung haben;
 - an wen sich die Opfer wenden können.
- Das sind die ersten Schritte, wie Sie sich als Betroffene wehren können:
- Führen Sie ein Tagebuch: Notieren Sie Zeit, Ort und Art der Beläs-

tigung sowie allenfalls die Namen von Zeugen und wie diese reagiert haben. Bewahren Sie E-Mails und andere digitale Dokumente der Belästiger auf, genauso wie eigene Reaktionen darauf.

● Sprechen Sie den Belästiger direkt an und sagen Sie klar Nein zum belästigenden Verhalten. Falls Ihnen das unangenehm ist, können Sie das auch schriftlich tun. Kopieren Sie solche Dokumente, bevor Sie sie verschicken.

VORGEHEN IN DER FIRMA...

Führt Ihr Nein zu keiner Verhaltensänderung oder ist die Belästigung schwerwiegend, wenden Sie sich an die zuständige Stelle in Ihrem Betrieb. Bestehen Sie darauf, dass das Gespräch vertraulich bleibt.

● Gibt es keine spezielle interne Anlaufstelle, können Sie sich an

Darauf müssen Sie beim Abschluss Recht haben ist gut

Anwälte sind teuer. Gerichtsgebühren auch. Wäre da nicht eine Rechtsschutzversicherung eine schlaue Sache? Ja, aber.

SINA BÜHLER

Fast 600 Millionen Franken gaben die Schweizerinnen und Schweizer vergangenes Jahr für Rechtsschutzversicherungen aus. Die Prämien-summe steigt von Jahr zu Jahr, schneller als in anderen Sparten der Sachversicherung. Das hat die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht (Finma) ermittelt. Doch brauchen Sie diese Versicherung wirklich? Und wozu?

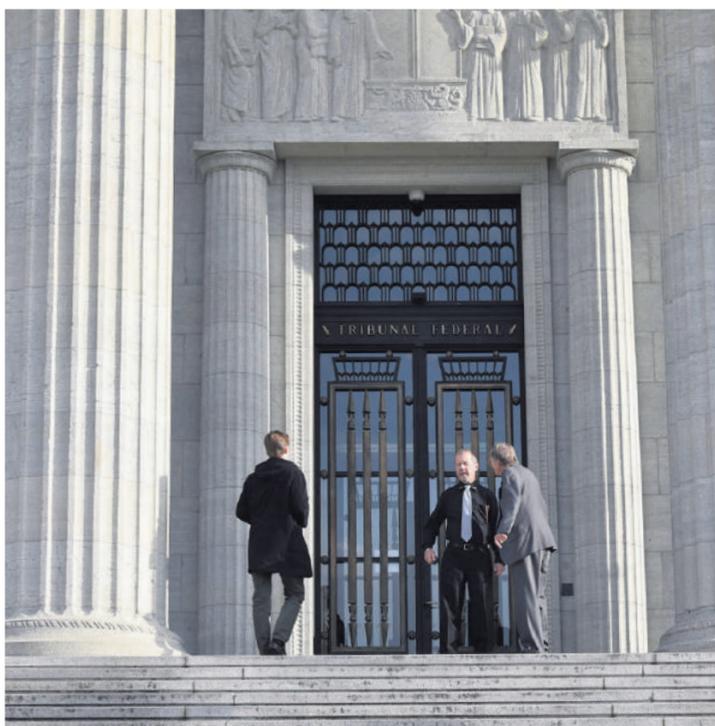
Zur Klärung von Rechtsfragen bieten sich zunächst einmal auch die unentgeltlichen Rechtsauskunftsstellen ab, wie sie von vielen Gemeinden und Verbänden angeboten werden. Rechtsschutzversi-

cherungen hingegen decken die Kosten im Zusammenhang mit Rechtsfällen ab. Beispielsweise das Honorar für einen Anwalt oder eine Anwältin, eine allfällige Entschädigung an eine Gegenpartei und die Gerichtskosten. Vor allem die Gerichtskosten können ganz schön ins Geld gehen und müssen meist vorgeschossen werden.

DAS RECHT AUF RECHTSPFLEGE. Es gibt verschiedene Fragen, die Sie sich überlegen müssen, bevor Sie eine solche Versicherung abschlies-

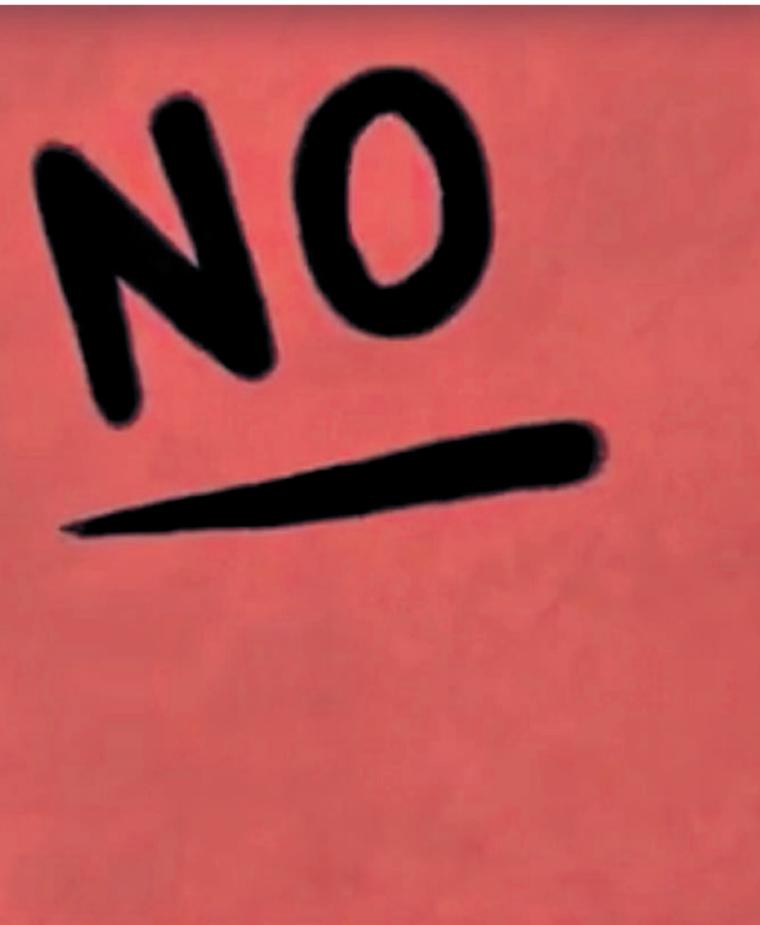
Gerichtskosten sind hoch – und man muss sie oft vorschliessen.

sen. Die erste ist jene nach Ihren finanziellen Verhältnissen. Die Jahresprämie für eine Rechtsschutz-



BUNDESGERICHT: Recht bekommen kann teuer werden. Mit einer Rechtsschutzversicherung sind die Spiesse gleich lang. FOTO: KEYSTONE

und die Tööpli



machen sich strafbar. FOTO: BELÄSTIGT.CH

Ihre Vorgesetzten oder die Unternehmensleitung wenden. Beachten Sie aber: Ihre Chefin oder Ihr Chef muss den Vorfall weitermelden, denn Arbeitgeber müssen das von Gesetzes wegen weiterverfolgen. Das heisst, Sie haben danach

Wenn der Arbeitgeber nicht korrekt handelt, können Opfer klagen.

keine Möglichkeit mehr, mitzuentcheiden, welche Massnahmen die Firma ergreift.

● Wenn Sie mit den Abklärungen und Massnahmen Ihrer Arbeitgeber nicht zufrieden sind, können Sie mit einer Klage gegen die Belästigung vorgehen. Das Gericht kann Ihre Firma verpflichten, Ihnen dafür eine Entschädigung und Schadenersatz zu bezahlen. Während

des Gerichtsverfahrens und noch sechs Monate länger sind Sie vor einer Kündigung geschützt.

● Holen Sie sich von Anfang an Hilfe bei der Gewerkschaft. Die zuständigen Unia-Sekretärinnen und -Sekretäre begleiten Sie auf dem ganzen Weg. Dies ist vor allem wichtig, wenn Sie sich für den Rechtsweg entscheiden.

... UND STRAFKLAGE

Die bisher beschriebenen Möglichkeiten, sich zu wehren, stehen alle im Gleichstellungsgesetz. Nicht die belästigende Person wird da angezeigt, sondern die Firma, weil sie ihre Angestellten nicht genügend geschützt hat. Sie haben aber auch die Möglichkeit, gegen die Person, die Sie belästigt hat, direkt ein Strafverfahren einzuleiten. Dazu müssen Sie sich auf einem Polizeiposten melden.

NEUE BERATUNGSSTELLE IM WEB

BELÄSTIGT.CH HILFT WEITER

Obwohl das Gesetz klar sagt, dass sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz verboten sei, zeigen längst nicht alle Opfer Ihre Belästiger an. Allzu oft erleben sie ihre Situation als aussichtslos: Betroffene empfinden selbst Anfragen an firmeninterne Beratungsstellen als Hürde. Oder aber diese Stellen reagieren nicht, die Opfer werden beschuldigt oder die Belästiger nicht bestraft.

ÜBERWINDUNG. Viele haben Angst vor Schuldzuweisung und Kritik an ihrem Verhalten oder davor, ihren Ruf oder gar ihren Job zu verlieren. Auch der Schritt, an eine externe Beratungsstelle zu gelangen, braucht Überwindung. Deshalb haben die Gewerkschaft Unia, die Stadtzürcher Fachstelle für Gleichstellung, der Schweizer Berufsverband der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner, und die «frauenberatung: sexuelle gewalt zürich» diesen Sommer ein Online-Beratungsangebot zu sexueller Belästigung aufgeschaltet.

Auf www.belastigt.ch können Sie sich als Betroffene elektronisch beraten lassen. Per E-Mail erzählen Sie Ihre Geschichte und werden innert kürzester Zeit von einem Beratungsteam ebenfalls elektronisch betreut. So erfahren Sie persönlich und direkt, wie Sie auf die Belästigung reagieren und wie Sie sich wehren können. Das Angebot steht allen Berufen und Branchen offen. Auch Sprachbarrieren sollten Sie nicht am Kontakt hindern: Die Beraterinnen und Berater antworten Ihnen auf deutsch, französisch, italienisch, englisch, spanisch, portugiesisch, bosnisch, kroatisch oder serbisch. Alles läuft absolut vertraulich ab.

www.belastigt.ch

einer Rechtsschutzversicherung achten — recht bekommen besser

versicherung beträgt zwar nicht mehr als ein paar Hundert Franken. Wenn Sie aber in sehr knappen finanziellen Verhältnissen leben, haben Sie eventuell ohnehin Anspruch auf die «unentgeltliche Rechtspflege». Falls Ihr Einkommen nahe beim Existenzminimum liegt, Sie kaum Ersparnisse haben und die Rechtsstreitigkeit nicht als aussichtslos erscheint, wird Ihnen das Gericht die unentgeltliche Rechtspflege wohl gewähren.

ÜBERVERSICHERT? Erhalten Sie unentgeltliche Rechtspflege, müssen Sie weder Gerichtskosten noch Ihren Anwalt bezahlen, eine allfällige Entschädigung der Gegenpartei, falls Sie den Prozess verlieren, aber schon. Unentgeltlich bleiben die Leistungen aber nur für den Moment. Kommen Sie

später zu Geld, müssen Sie die Kosten zurückzahlen.

Eine weitere Frage, die Sie vor dem Versicherungsabschluss klären sollten, ist jene nach bestehenden Versicherungen. Eventuell decken diese schon alle für Sie wichtigen Bereiche ab. Mitglieder der Gewerkschaften profitieren beispielsweise in arbeits- und sozialrechtlichen Fragen vom gewerkschaftlichen Rechtsschutz, Mitglieder des Mietverbands in Mietfragen.

Überlegen Sie sich daraufhin, welche Rechtsgebiete die gewünschte Versicherung abdecken soll. Familien-, Steuer- und Erbrecht gehören in den seltensten Fällen zum Grundangebot. Falls die Unterlagen unklar sind, lassen Sie sich die Deckung schriftlich bestätigen – und zwar vor Vertragsabschluss.

Holen Sie auf jeden Fall verschiedene Offerten ein, lesen Sie das Kleingedruckte und vergleichen Sie genau. Die folgenden Kriterien sind dabei wichtig:

- Können Sie Ihre Anwältin oder Ihren Anwalt frei wählen?
- Sind die existenzsichernden Rechtsgebiete wie Sozialversicherungsrecht, Sozialhilferecht, Arbeits- und Haftpflichtrecht abgedeckt?
- Wie hoch ist die Deckung?
- Gibt es eine Wartezeit, bis Sie vom Rechtsschutz profitieren können? Viele Versicherungen greifen erst nach drei Monaten.
- Wer ist mitversichert? Prüfen Sie das besonders, wenn Sie volljährige Kinder haben, die im selben Haushalt leben.
- Wie lange dauert der Vertrag? Mehr als einen Jahresvertrag sollten Sie nicht abschliessen.

RECHTSSCHUTZ FÜR WENIG GELD

Unia-Mitglieder sind bereits im Arbeits- und Sozialversicherungsrecht geschützt. Für eine jährliche Prämie von 120 Franken können Sie zusätzlich eine Multirechtsschutzversicherung im Privat- und Verkehrsrecht abschliessen. Alle Bedingungen und Informationen finden Sie unter <http://unia.cooprecht.ch>.

Ferien mit Kindern Planen Sie die Herbstferien!

Kaum sind die einen vorbei, gilt es schon die nächsten Ferien zu planen.



43 HÄUSCHEN: Das Reka-Feriedorf Albonago bei Lugano. FOTO: REKA

Haben Sie sich während der Sommerferien gut erholen können? Schön. Wer Kinder hat, weiss aber: Nur ein paar Wochen dauert die Schule, und schon sind Herbstferien. Damit die Finanzen dafür auch reichen, gibt es die Reka. Vor 78 Jahren gründeten Gewerkschaften, Unternehmen und Tourismusorganisationen die Schweizer Reisekasse, um den Arbeiterinnen und Arbeitern Ferien zu ermöglichen. Inzwischen bietet sie 12000 Ferienwohnungen, darunter eigene Familiendörfer. Sie können sogar nochmals richtig in die Wärme. Die Reka hat auch Feri-

enwohnungen im Ausland. Eine Besonderheit der Reka sind die Angebote für Alleinerziehende, für Familien mit Kleinkindern oder Alleinstehende, die eine IV-Rente beziehen. Wer sehr wenig Geld zur Verfügung hat, kann mit der Reka für nur hundert Franken eine Woche mit der ganzen Familie verreisen, Hin- und Rückreise mit dem öffentlichen Verkehr inbegriffen. (sib) www.reka.ch

saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».

Grosses Kino: So brennen Sie Ihre eigene Film-DVD

Ob Handyvideos, Ferienfilme oder heruntergeladene Streams aus dem Internet: Filme sehen am grossen TV-Bildschirm besser aus als auf dem Computermonitor. Die einfachste Lösung: Man brennt den Film auf eine DVD. Dann lässt er sich auf jedem DVD-Player abspielen. Zwei gute Gratisprogramme:

DVD Styler (PC und Mac): Damit lassen sich Menus erstellen wie bei einer professionellen Film-DVD. Beim Start der DVD sieht man dann eine Inhaltsübersicht. Von hier aus lässt sich direkt zu bestimmten Kapiteln im Film springen.

Beim ersten Start können Sie das Programm auf Deutsch umstellen:

Wählen Sie unter dem Menu «Configuration» den Punkt «Settings». Starten Sie das Programm danach neu. Wichtig: Im Fenster «Willkommen» müssen Sie jeweils das Videoformat PAL einstellen.

Download: rebrand.ly/dvdstyler

Die Ferienfilme lassen sich auf jedem DVD-Player abspielen.

DVD Flick v2 (nur für PC): Macht DVDs ohne Menus. Beim Start beginnt sofort der Film. Die Software ist englisch, aber einfach zu bedienen. Zuerst sollte man überprüfen, ob unter «Project Settings» im Menüpunkt «Video» das Format auf «PAL» eingestellt ist. Mit «Add Title» können Sie die Filmdateien laden, mit den Pfeilen die Reihenfolge der Clips ändern.

Download: rebrand.ly/dvdflick

MARC MAIR-NOACK



POPCORN: Mit den richtigen Programmen erlebt man die Ferien vor dem TV gleich noch einmal – bequem von der DVD.

FOTO: 123RF

workrätsel

Gewinnen Sie 500 Franken in Reka-Checks!



Über 9000 Ferien- und Freizeitanbieter werden günstiger durch Reka-Checks: ÖV, Reisebüros, Hotels, Restaurants, Kinos, Tankstellen, Freizeitparks u. v. m.
www.reka-guide.ch

LÖSUNG UND GEWINNER AUS NR. 12
Das Lösungswort lautet: SOMMERFERIEN



DEN PREIS, eine Übernachtung im Viersternehotel Bern in Bern, hat gewonnen: Bruno Flück, St. Moritz. Herzlichen Glückwunsch!

Preisnachlass bei sofortiger Zahlung	Familie kleiner Klettervögel	8	die Zeitung der Gewerkschaft	trockene Halme v. gedrosch. Getreide	schöne Sträucher, blühen im Mai	auch Harn genannt	er kommt dem Konkurs gleich	immer wieder	weibliche Pferde	er hilft in work	kurz für Samstag	Satz, wie Tennisspieler oft sagen	
chem. Zeichen f. Lawrencium	im Fussball wollen wir viele sehen	2	selten	Rosa ist sie in work		sie gehören zum Unia-Sektor Tertiär	du, wie der Romand sagt	13	Ölpflanze, blüht gelb	Lebkuchengewürz	verlassen, langweilig	.ol.n = Schauspieler spielen viele	9
Bau ist wichtiger ... der Unia	Ausruf der Verwunderung		sie löste LP ab	kurz für Europ. Nachbar-sch.politik	Tarzan liebt die Pflanze	10	Streifen Land, Abhang	frecher Junge	wo das Verbrechen geschah			Fleischlieferant	
Ort für gepflegten Drink			Teil des Atlant. Ozeans	er wärmt	kann Dorf wie Stadt sein			solch ein Schlag ist Regen					
Personalpronomen	er schreibt work-SMS	12		Abkürzung für Santa			Wertpapier	Stiftung Bildung u. Entwicklung, Abk.			dieser Michael u. Jim Knopf		
Pflanzen m. mehreren Stengeln	Raubtier, «Kabelbeisser»		Ausruf d. Schmerzes	franz.: von	im Holzfass gereifte Spirituose			sie hängt z.B. im Kirchturm		dort wird Honig gemacht	4		
Kraftwurzel aus Asien	Staat, grenzt an Iran		Armen-viertel	sie und ihre 99 Luftballons	heisses Rum-Getränk			Bruder d. Vaters				weibl. Vorname	
Bootstyp	sie herrscht im Weltall			Schloss in Südtirol	6	Autokennzeichen v. Zofingen	schnelle Zugattung	5	dieser Ochsenknecht, dt. Schausp.	engl.: Sünde			
die der Unia sind wirkungsvoll		1	nichts, sagt ein Brite			B.b. = Kleinkind	Alphabet	Movendo gibt viele ...					
						CH-Autokennzeichen	er reicht z.B. für Verurteilung						
						knapper Absender		3	unbestimmter Artikel				

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----

Lösungswort einsenden an: work, Postfach 272, 3000 Bern 15, oder per E-Mail: verlag@workzeitung.ch
Einsendeschluss 25. August 2017

INSERAT

Renten sichern. AHV stärken.

2x JA zur Rentenreform am 24. September

UNIA

Infos zur Abstimmung: www.unia.ch/AV2020

WORKLESERFOTO



Fernöstlicher Kabelsalat

WANN November 2016
WO Saigon, Vietnam
WAS Leitungsmonteur an der Arbeit
Eingesandt von Ruth Ingold, Büttikon AG

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.
Senden an redaktion@workzeitung.ch, **Betreff** «Leserfoto»

WORKFRAGE VOM 30. 6. 2017

Braucht es einen gesetzlichen Lohndeckel für Manager?

EIN DECKEL IST DRINGEND
 Ob wir endlich die Managerlöhne deckeln sollen? Was ist das für eine Frage? Natürlich und dringend. Leider gelingt es den Abzockern und ihren Verbündeten in Politik und Wirtschaft immer wieder, entsprechende Vorschläge mit Horrorszenerarien zu bodigen. Aber eines ist klar: irgendwann wird auch dem letzten SVP-wählenden Buezer klar, dass seine Partei auf der Seite der Abzocker steht.

KARL BUSER, FEHRALTORF ZH

NEUE VORSTÖSSE NÖTIG

Sie machen einfach immer weiter, die Abzocker in grossen und nicht so grossen Firmen. Für die oben regnet's Goldvreneli, für die unten hagelt's Kündigungen. Viele Schweizerinnen und Schweizer – auch ich – haben geglaubt, dass die Minder-Initiative die Abzockerei wenigstens einschränke. Aber heute sehe ich, dass die recht behalten haben, die skeptisch waren. Der Mundwässerchenfabrikant aus dem Schaffhausischen hat sich – kaum gewählt – der Milliardärspartei angedient. Es braucht darum neue Vorstösse – diesmal solche, die auch halten, was sie versprechen.

RUTH GABATHULER, MUTTENZ BL

LOHNSCHERE ÖFFNET SICH WEITER

Die 1:12-Initiative der Juso galt seinerzeit nicht nur den Rechten als «radikal». Leider haben sich damals auch rund ein Drittel der SP-Wählenden von der Angstkampagne der Gegner beeindruckt lassen und Nein gestimmt. Tatsache ist: die Lohnschere öffnet sich immer weiter. Das rechte Parlament wird die Abzockerei nie und nimmer hart angehen. Denn entweder sind die Parlamentarierinnen und Parlamentarier selber welche – oder werden von den Abzockern direkt und indirekt finanziert.

MARCO BEUTLER, BERN

WORKPOST



STREIK ANHÖR: An der Schiffslände in Locarno ist derzeit zwar viel Betrieb, Schiffe fahren aber keine. FOTO: WOLFF

34 Seeleute auf dem Lago Maggiore im Tessin wehren sich gegen ihre Entlassung

Locarneser Matrosenaufstand

Ab Locarno fährt derzeit kein Schiff mehr. Die gesamte Schweizer Belegschaft der Schiffahrtsgesellschaft ist in den Streik getreten.

CHRISTIAN EGGO
 «Das ist nicht irgendein Job», sagt Kapitän Antonio Corti, «das ist unser Leben.» Seit 35 Jahren fährt er auf dem Lago Maggiore. Jetzt soll plötzlich Schluss sein: Er hat die Kündigung erhalten. Auf Ende Jahr. Zusammen mit 33 Kolleginnen und Kollegen. Das ist die gesamte Schweizer Belegschaft der

VOR FÜNF JAHREN: MIT ERFOLG GEKÄMPFT
 Die Vergangenheit gibt den Seeleuten vom Lago Maggiore Hoffnung. Denn schon 2012 sollten acht von ihnen, alles Saisoniers, die Stelle verlieren. Grund damals: Sparrmassnahmen.

WELLE. Doch dann erfasste eine Welle der Solidarität das Tessin. In nur zwei Wochen kamen 10'000 Unterschriften gegen die Entlassungen zusammen. Einheimische und Touristen unterschrieben die Petition. Volle Unterschriftenbogen kamen aber auch von lokalen Geschäften, Bauern, Restaurants. Die Unia, die Verleihungsgewerkschaft SEV und die Tessiner OCST unterstützen die Aktion. Der Widerstand zahlte sich aus: Rund einen Monat später nahen die 34 die Sparrmass-

«Das ist ein Manöver, um die Löhne zu drücken.»
 EMERICO BORELLI, UNIA, TESSIN
 neue Gesellschaft werde Leute zu den schlechtesten Bedingungen der SNL ein-

und an Land unter derartigem Druck durch ihren Arbeitgeber stehen. Als ich vom Streik im Radio hörte, war mir nicht klar, worum genau sich der Arbeitskampf dreht. Dank der letzten work-Ausgabe weiss ich es jetzt. Es freut mich sehr, dass die «Seeleute» unterdessen dank ihrem Streik eine Verbesserung ihrer Situation erreicht haben. Da fährt man wieder mit besserem Gewissen über den schönen Lago Maggiore.

MARLIES PFEFFERLI, WOLHUSEN LU

Nicht nur die Faust im Sack

Das Gift der Profitmaximierung frisst sich schon längst durch alle Bereiche der Wirtschaft. Es ist doch absurd, ein eigentliches Service-public-Angebot wie die öffentliche Schifffahrt derart «kostenoptimiert» betreiben zu wollen, dass die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten quasi abgewrackt werden. Der Streik der Matrosen ist ein wichtiges Zeichen gegen diese Zumutung – und dass die Tessiner Kollegen damit Erfolg hatten, macht hoffentlich auch anderen Lohnabhängigen Mut, nicht nur die Faust im Sack zu machen.

GERRY MEIER, ZÜRICH

der Frauen auf 65, zu einer Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0,6% und zu noch höheren Lohnabzügen. Sie liegt also ganz in der Logik der seit Jahrzehnten erfolgten Angriffe auf unsere Altersvorsorge, verusüst mit einigen kleinen unbedeutenden Zückerchen. Ein Teil der Bürgerlichen möchte noch weitergehen, und den grossen Gewerkschaften und der SP fällt dabei das Herz in die Hosen. Man wird an das düstere Szenario von 1971 erinnert, wo sich die Gewerkschaften und die SP als nützliche Idioten mit den bürgerlichen Kräften gegen die Volkspension der Linken stellten: mit dieser wären unsere Renten nämlich immer noch gesichert!

WILLI EBERLE, ZÜRICH

Gefahr für den AHV-Fonds

Der AHV-Fonds braucht am 24. September zwei Ja. Wird die Liquidität bereits in den kommenden Jahren knapp, so muss die Fondsleitung ihre in den letzten Jahren so erfolgreiche Anlagepolitik ändern. Der Privatanleger weiss: je länger die Anlagezeit, desto besser die Rendite. In der guten alten Zeit gab es für Kassenobligationen auf 5 Jahre 5% Zins, für einjährige aber bedeutend weniger. Auch Hypotheken auf 10 Jahre kosten bedeutend mehr als Libordarlehen auf 3 Monate. Wenn wir jetzt der AHV die zusätzlichen Mittel verweigern, wird sich zwingend die Performance des Fonds verschlechtern, weil kurzfristiger investiert werden muss. Das wäre bedauerlich und würde die Unterddeckung beschleunigen.

MARTIN A. LIECHTI, MAUR ZH

WORK 12 / 30. JUNI 2017: LOCARNESER MATROSENAUFSTAND Vorbildlich

Zuerst glaubt man an einen Vertipper der Redaktion, wenn man liest, dass die Betreiber der Schifffahrt auf dem Lago Maggiore planen, mit dem Trick einer neuen Firma die Löhne der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter um 1000 Franken pro Monat zu drücken. So eine Frechheit! Aber leider sind solche Pläne nicht so selten, wie man vielleicht meinen könnte. Und nur zu oft werden sie auch umgesetzt. Die Gewinnsteigerung auf dem Buckel der Mitarbeitenden ist gerade auch bei Unternehmen, die früher der Allgemeinheit gehörten, leider schon fast alltäglich geworden. Gut,

dass sich jetzt die Tessiner Matrosen wehren. Und noch besser ist, dass sie unterdessen einen grossen Erfolg erzielt haben. Sie sind Vorbilder und zeigen, was gewerkschaftlich Organisierte erreichen können, wenn sie mutig und energisch kämpfen.

MILENA EGGENBERGER, GOSSAU SG

Mit besserem Gewissen

Ich besuche regelmässig das Tessin, und eine Schifffahrt auf dem Lago Maggiore gehört eigentlich immer zu meinem Programm. Nie wäre ich auf die Idee gekommen, dass die freundlichen und kompetenten Mitarbeitenden auf den Schiffen

WORK 12 / 30. JUNI 2017: AHV/70 JAHRE HASS VON RECHTS Erinnerung ans Jahr 1971

Die Reform der Altersvorsorge 2020 führt zu einem Rentenabbau von 13% im BVG-Teil der zweiten Säule, zu einer Erhöhung des Rentenalters

workwort

Ordnung

Zwei Männern, sie sehen sich ähnlich in ihrem blauen Gewand, sie ähneln sich auch, indem sie etwas Ähnliches tun: Steckdosen zu Steckdosen, Blaues zu Blauem, Gelb zu Gelb, Schwarz zu Schwarz. Aufräumen heisst das, Ordnung machen. Schön ist es, mit Ordnung den Tag zu beginnen und mit Ordnung den Tag zu beenden, nicht wahr. Oder kann man auch übertreiben? Wie gross darf ein Objekt sein, dass es noch ins Raster der Ordnung passt: 0,5 mm? Oder gar 5 cm? Bei mir nicht fragen: Sauber ist sauber! Wische einfach so, dass der Besen so rein ist wie bei seinem ersten Einsatz. Aber wenn du schon fragst: Ordnung ist relativ. Im Kleinen soll beginnen, was leuchten will im Mutterland. Beispiel Kinderzimmer: Welcher Balg hat die Puppen durcheinandergebracht? Nicht mehr nach Farben, sondern nach Länge der Haare sortiert? Nicht mehr nach der Liebe, sondern der Sauberkeit? Oh Ordnung, hab Dank, solange du eine Ordnung noch erkennen kannst, ist alles in Ordnung. THOMAS ADANK

Ihre Vorschläge zum «workwort» sind gefragt. Herausforderungen an unseren Autor senden Sie bitte an **redaktion@workzeitung.ch**, Betreff «workwort».

FRANZISKA LÖRCHER**DIE VOGEL-KUNDIGE**

Geboren 1980 in der Nähe von Aarau, machte Franziska Lörcher zuerst eine Augenoptikerlehre. «Das war sehr gut, dort habe ich gelernt, was schaffen heisst! An der Uni sagt dir selten jemand, das und das muss bis morgen erledigt sein.» Vor allem aber konnte sie sich durch den Beruf ihr Studium finanzieren. Sie machte die Abendmatura, wobei sie ihre Maturaarbeit schon über Bartgeier schrieb. An der Universität Bern folgte das Bachelorstudium in Biologie. An der Universität Zürich schrieb sie ihre Masterarbeit über die genetische Diversität der Bartgeier. Parallel dazu begann sie für die Stiftung Pro Bartgeier zu arbeiten.

TRITTSICHER. Ihr Hobby: Klettern und Bouldern. Franziska Lörcher lacht: «Bei meiner Arbeit ist es natürlich auch von Vorteil, trittsicher zu sein und etwas Kraft und Geschicklichkeit zu haben!» Wie viel sie genau verdient, kann sie nicht sagen. Ihr Lohn, lacht sie, sei «ein Naturschutz-Arbeitslohn, für sechs Jahre Studium nicht viel, aber es reicht gut zum Leben, und ich möchte nichts anderes machen!»



Franziska Lörcher (37) ist Bartgeiern auf der Spur – mit Fernrohr und Kamera

«Vögel kennen keine Grenzen»

Wochenlang harrt die Biologin und gelernte Optikerin Franziska Lörcher in einem Baucontainer oberhalb von Melchsee-Frutt aus. Ihr Einsatz gilt dem Bartgeier im europäischen Alpenraum.

SABINE REBER | FOTOS HANSRUEDI WEYRICH

In schweren Bergschuhen und dunklen, unauffälligen Outdoorkleidern klettert sie leichtfüssig den Steilhang herunter, um ihren Hals schlenkert ein Feldstecher. Franziska Lörcher bewegt sich im rauen Terrain oberhalb von Melchsee-Frutt so flink, als wäre es ihr Wohnzimmer. Ihr Ziel: der Infostand der Stiftung Pro Bartgeier auf dem Hengliboden.

Einst glaubten die Bauern, der Bartgeier sei ein Lämmerdieb, ja er fresse gar Babies. Deshalb ist er im 19. Jahrhundert in den Schweizer Alpen ausgerottet worden. Der letzte seiner Art wurde 1897 in Visp VS

abgeschossen. Erst seit 1991 werden in der Schweiz wieder Bartgeier angesiedelt, zum Beispiel hier in den Obwaldner Bergen, wo Jungvogel Johannes im Juni in einer Felsnische ausgewildert worden ist.

MIT SCHARFEN AUGEN. Bartgeier, weiss man inzwischen, ernähren sich von Aas – hauptsächlich von Knochen. Alle zwei Tage klettert die Biologin in aller Herrgottsfrühe, wenn der Vogel noch schläft, zu den Felsen hinauf und legt ein paar angefaulte Rehknochen aus. Johannes darf nicht merken, dass Menschen ihm das Futter servieren. Schliesslich soll er bald über den Alpenbogen fliegen und selbständig Aas finden.

Franziska Lörcher stellt das grosse Fernrohr sorgfältig ein. Johannes in Sicht! Gut getarnt kauert der junge Vogel auf einem Felsvorsprung. Lörcher zeigt mir ein paar Tricks, wie man durch einen Feldste-

cher hindurch scharfe Handyfotos schiesst. Sie weiss nicht nur über Bartgeier bestens Bescheid, sondern auch über Feldstecher und Kameras. Bevor sie Biologie studierte, hat sie nämlich eine Lehre als Optikerin gemacht. Sie sagt: «Dass ich mit optischen Geräten umgehen kann, kommt mir hier draussen sehr zugute!» Aber noch eine andere Parallele zieht sie zu ihrem ersten Beruf: «Die Bartgeier sehen extrem scharf. Sie können einen herumliegenden Knochen aus grosser Distanz erkennen.»

FLUGSTUNDE. Plötzlich piepst das Funkgerät, das die Biologin stets auf sich trägt, wenn sie den Container verlässt. Ihr Assistent Mirco, der oben bei der Baracke geblieben ist und den Vogel keine Sekunde aus den Augen gelassen hat, meldet, es tue sich etwas. Wir stürzen zum Fernrohr, und tatsächlich, Johannes hat seine Schwingen ausgebreitet – 2,6 Meter beträgt die Flügelspannweite des Jungvogels. Er flattert ein paar Mal unschlüssig, erhebt sich einige Meter in die Luft, macht Hüpfchen und landet wieder. Er ordnet sein Gefieder, ruht sich eine Weile aus, versucht es nochmals. Nun fliegt er etwas höher, landet bei einem Felsen einige Hundert Meter weiter weg. So geht das jeden Tag, erzählt die Biologin, und nein, langweilig werde ihr hier nie: «Wenn ein Bartgeier anfängt zu fliegen, will ich hier sowieso nicht weg!»

Ein bisschen Sorge ist immer dabei. Manchmal muss ein geschwächter Vogel eingefangen und aufgepäppelt werden, bevor er wieder ausgesetzt wird. Dass aber ein junger Bartgeier gleich nach den ersten Flugversuchen stirbt, damit hätten sie niemals gerechnet, sagt Lörcher. Kürzlich ist dieser Worst Case eingetreten. Das zweite Tier, das diesen Sommer ausgewildert worden war, geriet in der Nacht nach dem ers-

ten Flug wahrscheinlich in eine heftige Windböe und stürzte so unglücklich, dass es starb. Umso mehr freut sich die Biologin, dass Johannes nun gute Fortschritte macht.

FEDERFÜHRERIN. Zwei bis drei Wochen am Stück verbringt Franziska Lörcher im Sommer jeweils mit den Beobachtungen in der Natur. Dann kehrt sie in ihr Büro in Zürich zurück, wo sie zu fünfzig Prozent für die Schweizerische Stiftung für Bartgeier und zu fünfzig Prozent für die Internationale Stiftung für Geier (Vulture Conservation Society) arbeitet. Dort ist sie verantwortlich für das genetische Monitoring der Bartgeierpopulation in den gesamten europäischen Alpen. Wenn jemand eine Feder findet, schneidet sie ein Stück heraus, in dem DNA enthalten ist, und schickt es ins Labor. Dann vergleicht sie das Resultat mit ihrer Referenzdatenbank. Wenn es ein wild geschlüpftes Tier ist, kann sie anhand der DNA die Elternschaft rekonstruieren und in die Stammbäume eintragen, die sie minutiös führt.

Ausserdem ist Lörcher viel auf Reisen. Dieses Jahr war sie schon in Korsika und in der Provence, um Jungvögeln solarbetriebene Sender zu montieren und ein paar ihrer Federn mit einem individuellen Muster zu bleichen, damit sie im Flug von weitem erkannt werden. Sie sagt: «Wir Bartgeierspezialisten sind international sehr gut vernetzt und können einander jederzeit anrufen, wenn es ein Problem mit einem Tier gibt. Die Vögel kennen keine Grenzen, und wir passen uns ihrem Verhalten an.»

Der Infostand der Stiftung Pro Bartgeier auf dem Hengliboden oberhalb von Melchsee-Frutt ist öffentlich zugänglich. Dort lassen sich die jungen Bartgeier bei der Auswilderung und in den Monaten danach beobachten. www.bartgeier.ch



ZURÜCK IN DIE BERGE: Dank Auswilderungen ist der Bartgeier auch im Schweizer Alpenraum wieder anzutreffen. Im Baucontainer ob Melchsee-Frutt arbeitet und wohnt Franziska Lörcher auf kleinstem Raum.

Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriff, kritisch, frech.

work abonnieren.

Für nur Fr. 36.– im Jahr jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.

Vorname/Name _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Telefon/E-Mail _____

work, Abodienst, Postfach 272, 3000 Bern 15. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft **Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia **Verlag und Redaktion** Weltpoststrasse 20, 3000 Bern **Postadresse** Postfach 272, 3000 Bern 15 **Telefon Verlag und Redaktion** 031 350 24 18 **Fax** 031 350 24 55 **E-Mail Verlag** verlag@workzeitung.ch **E-Mail Redaktion** redaktion@workzeitung.ch **Internet** www.workzeitung.ch **Redaktion** Marie-Josée Kuhn (Chefredaktorin), mariejoseekuhn@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Oliver Fahrni, oliverfahrni@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Sabine Reber, sabinereber@workzeitung.ch; patriciadinau@workzeitung.ch **Mitarbeit an dieser Nummer** Thomas Adank, Sina Bühler, David Gallusser, Martin Jakob, Peter Stäuber, Michael Stötzel, Clemens Studer, Lotta Suter **Gestaltung/Layout** Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Tom Hänsel **Korrektur** Urs Remund **Sekretariat** Mirka Gossenbacher (Mo–Mi, Fr), verlag@workzeitung.ch **Anzeigenmarketing** Cebeco GmbH, Webeistrasse 66, 8134 Adliswil, Telefon 044 710 19 91, 044 709 19 20, anzeigen@workzeitung.ch **Druck** Tagblatt Print, Im Feld 6, 9015 St. Gallen **Abonnement** Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– **Abodienst** Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch **Auflage** 92 906 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.